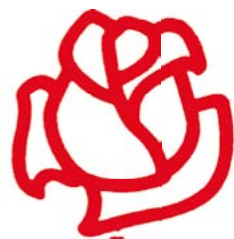


Monatsspiegel



Mai 2012



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Gute Arbeit für Europa: Gerechte Löhne – Soziale Sicherheit

Aufruf des DGB Erlangen zum Ersten Mai 2012

Der 1. Mai 2012 steht im Zeichen von „Guter Arbeit in Europa“. Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise geht es weiter als wäre nichts gewesen. Im Gegenteil: Die Finanzmarktakteure machen längst wieder Riesengewinne mit höheren Managergehältern als vor der Krise. Die Spekulation mit Derivaten, Anleihen, Rohstoffen und Lebensmitteln blüht. Die vielfach beschworene stärkere Regulierung der Finanzmärkte kommt allenfalls in wirkungslosen Tripelschritten voran. Stattdessen werden die europäischen Rettungsfonds mit Steuermitteln um dreistellige Milliardensummen aufgestockt. Letztlich wird mit unserem Geld der Gewinn der Krisenverursacher und Krisengewinner garantiert.

Die Konsequenz ist eine Sparpolitik, die die Beschäftigten in den niedrigen Einkommensgruppen, die Rentnerinnen und Rentner und die sozialen Randgruppen am härtesten trifft. Mittelfristig

fehlen aber auch öffentliche Mittel für Infrastrukturaufgaben zur Sicherung unserer industriellen Basis.

Nach wie vor kann die deutsche Wirtschaft zu den Krisengewinnern gezählt werden. In den exportorientierten Konzernen, die gerade auch in Erlangen und Erlangen Höchststadt stark vertreten sind, „brummt das Geschäft“.

Das ist einerseits erfreulich, andererseits doppelt trügerisch. Die Sozialstaatsstrukturen einer sozial ausgerichteten Marktwirtschaft werden demontiert. Die Grundlagen des Erfolgs der deutschen Wirtschaft seit dem 2. Weltkrieg werden zerstört. Gleichzeitig wächst der Kostensenkungsdruck in den Exportkonzernen, was in immer kurzfristigerem und häufig kurzfristigem Gewinndenken im Management führt.

Wenn wir verhindern wollen, dass die nächste Krise größeren Schaden anrichtet, müssen wir Konsequenzen ziehen!



Gute Arbeit in Erlangen und Europa braucht:

- Eine gerechte Ausschöpfung der Verteilungsspielräume! Inflation und Produktivitätssteigerung müssen mindestens in die Erhöhung der Entgelte eingehen!
 - Massive Investitionsprogramme für die Weiterentwicklung von Qualifikations- und Infrastruktur!
 - Die Reduzierung der Arbeitslosigkeit, hier insbesondere der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit, und die Beseitigung der Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt müssen
- Fortsetzung auf Seite 3

■ Termine

| | | | | |
|--------|-------|---|------------------------------|-------|
| 02.05. | 20:00 | AsF/Jusos: Politik für Schwule und Lesben | August-Bebel-Haus | S. 24 |
| 05.05. | 12:00 | Infostand Betreuungsgeld | Hugenottenplatz | S. 7 |
| 05.05. | 15:00 | Distrikt Frauenaarach: Fraktion vor Ort | Gemeindezentrum Frauenaarach | S. 21 |
| 08.05. | 20:00 | Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung | Schlossgaststätte | S. 22 |
| 10.05. | 20:00 | Kreismitgliederversammlung | ATSV Erlangen | S. 3 |
| 14.05. | 20:15 | Jusos: Sitzung | August-Bebel-Haus | S. 25 |
| 15.05. | 19:00 | Distrikt Eltersdorf | Schützenhaus | S. 21 |
| 15.05. | 20:00 | Distrikt Frauenaarach: Distriktsversammlung | TSV Frauenaarach | S. 21 |
| 15.05. | 20:00 | Distrikt West: Distriktsversammlung | Zur Einkehr | S. 23 |
| 16.05. | 15:00 | 60plus: Mitgliederversammlung | August-Bebel-Haus | S. 23 |
| 16.05. | 20:00 | Distrikt Süd: Jahreshauptversammlung | Röthelheim-Biergarten | S. 22 |
| 16.05. | 20:00 | Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis | August-Bebel-Haus | S. 7 |
| 22.05. | 20:00 | Distrikt Ost: Distriktsversammlung | Waldschänke | S. 21 |
| 29.05. | | Jusos am Berg | | S. 25 |
| 30.05. | 20:00 | Distrikt Anger/Bruck: Distriktsversammlung | Angerwirt | S. 20 |
| 11.06. | 20:15 | Jusos: Sitzung | August-Bebel-Haus | S. 25 |
| 23.06. | | Fahrt der MPG nach Flossenbürg | | S. 3 |

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
 Vorsitzender: Dieter Rosner
 Geschäftsführerin: Sabine Wehner
 Friedrich-List-Straße 5,
 91054 Erlangen
 Telefon: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
 BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 08:00 bis 12.00 Uhr
 Dienstag 08:00 bis 12:00 Uhr
 Mittwoch 08:00 bis 12:00 Uhr
 Donnerstag 10:00 bis 14:00 Uhr
 Freitag geschlossen

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
 Vorsitzender: Dr. Florian Janik
 Geschäftsführerin: Saskia Coerlin
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen
 Telefon: 09131-86-2225
 Fax: 09131-86-2181
 E-Mail: spd@stadt.erlangen.de
 Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag 09:00 bis 12.00 Uhr
 Dienstag 09:00 bis 12:00 Uhr
 Mittwoch 09:00 bis 12:00 Uhr
 Donnerstag 09:00 bis 12:00 Uhr
 Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
 SPD-Kreisverband Erlangen
 Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung
 Philipp Dees
 Lichtenfelser Weg 6
 91056 Erlangen
 Telefon: 09131-483791
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck: Gutenberg Druck und Medien,
 Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

ohne Niedriglohnsektor beseitigt werden. Von Vollzeitarbeit muss man armutsfrei leben können.

- Europa ist ein gemeinsamer Lebens- und Wirtschaftsraum: Wir müssen mit europäischen Konjunktur- und Entwicklungsprogrammen zur Belebung der Wirtschaft in den Euro-Krisenländern bei gleichzeitiger Reform und Sicherung der Sozialstaatsstrukturen beitragen.

Insbesondere in Deutschland fordern wir:

- Den Rückbau des Niedriglohnsektors u.a. durch die Ausweitung der Betriebsrats-Mitbestimmung bei Leiharbeit und Werkverträgen.
- Einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro. Damit wäre auch eine Entlastung der Sozialkassen von ca. 7 Milliarden Euro zu erreichen.
- Einen massiven Umbau der Energiewirtschaft zu regenerativen Energien und weniger Energieverbrauch.
- Ein solidarisches Gesundheits- und Pflegesystem. Wir lehnen eine Zwei- oder gar Drei-Klassenmedizin ab! Was heute technisch möglich ist, muss im Rahmen des gesellschaftlichen Reichtums für alle erreichbar gemacht werden!
- Einen flexiblen Übergang in die Rente. Das System der Erhöhung des Renteneintrittsalters ist ein reines Rentenkürzungsprogramm.

Die Monate seit dem letzten 1. Mai haben eines wieder gezeigt: Diese notwendigen Änderungen kommen nicht von selbst. Die Bundesregierung praktiziert ein wachsendes Auseinanderklaffen von Wort und Tat – und baut den Sozialstaat ab.

Das Management setzt die Arbeitnehmer/innen ungebremst dem Marktdruck aus, wer dem nicht entspricht kann gehen oder wird gegangen – im Zweifelsfall wird die ganze Firma verlagert.

Dagegen stehen die berechtigten Forderungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!

Wir müssen uns aber für unsere Interessen stark machen!

Heute wie bei den „Haymarket Riots“ vor 126 Jahren, dem Ursprungstag des weltweiten Tags der Arbeit, an dem die Arbeiter in Chicago protestierten.

Für Gute Arbeit in Erlangen und Europa – Raus zum 1. Mai 2012 in Erlangen!

Es sind noch Plätze frei: Fahrt der Michael-Poeschke-Gesellschaft nach Flossenbürg

Liebe Genossinnen und Genossen, die Michael-Poeschke-Gesellschaft lädt ein zu einer Fahrt zur Gedenkstätte an das ehemalige Konzentrationslager in Flossenbürg.

Wir starten am **Samstag, 23. Juni um 8 Uhr vom Parkplatz West** mit einem Bus der Firma Tanner und sind gegen 10 Uhr in Flossenbürg. Wir werden in 2 Gruppen durch die Gedenkstätte geführt. Diese Führung wird ca. 3 Stunden dauern.

Wir werden dann ein Mittagessen einnehmen. Anschließend, so denke ich, können wir noch einen kleinen Spaziergang zur Burgruine Flossenbürg unternehmen.

Spätestens um 16 Uhr treten wir die Rückfahrt an, so dass wir um 18 Uhr wieder in Erlangen sein werden.

Ich habe mit dem Bürgermeister von Flossenbürg, dem Genossen Johann Kick, Kontakt aufgenommen und hoffe, dass er Zeit haben wird, zu uns zu stoßen – vielleicht beim Mittagessen.

Ich würde mich freuen, wenn unser Angebot auf breites Interesse stößt.

Die Kosten für die Busfahrt und die Führung werden 20 Euro pro Person nicht übersteigen

Anmeldungen bitte an

Heide Mattischeck

Tel.: 09545/442377

Heide.mattischeck@web.de

Selbstverständlich könnt ihr Euch auch im SPD-Büro bei Sabine Wehner (09131-8126522) anmelden.

Wichtige Informationen über die Gedenkstätte könnt ihr Euch vorher schon im Internet ansehen: www.gedenkstaette-flossenbuerg.de/

Für die MPG

Heide Mattischeck

Redaktionsschluss

für den nächsten Monatsspiegel

Juni 2012

25. Juni 2012

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

**am Donnerstag, den 10. Mai 2012, 20.00 Uhr
Gaststätte des ATSV Erlangen, Paul-Gossen-Str. 58**

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. **Vorfahrt für die Stadt-Umland-Bahn**
Einführung von Dr. Florian Janik, Vorsitzender der Stadtratsfraktion
Diskussion zu den aktuellen Planungen
3. Nachwahlen von Vertreterinnen und Vertretern der Distrikte und Arbeitsgemeinschaften im Kreisvorstand
4. Anträge
5. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
6. Verschiedenes

Dieter Rosner

Dirk Goldenstein

Sandra Radue

Für den Erhalt der GBW-Wohnungen in öffentlicher Hand

Über 300 Mieterinnen und Mieter der GBW-Gruppe folgten der Einladung der SPD-Landtagsabgeordneten Angelika Weikert und der SPD-Stadtratsfraktion und besuchten die Informationsveranstaltung „Wie geht es weiter mit den GBW-Wohnungen?“ Die Verunsicherung der Mieterinnen und Mieter über die Zukunft der GBW war deutlich zu spüren. Sie befürchteten, dass ihre Wohnungen durch den drohenden Verkauf der Wohnbaugesellschaft an private Investoren zu Spekulationsobjekten werden. Viele der Mieter beklagten sich zudem über verschleppte Instandhaltungsmaßnahmen und Mieterhöhungen.

Die Aktien der GBW-Gruppe, die allein in Erlangen über 2.400 Wohnungen verfügt, befinden sich im Besitz der Bayerischen Landesbank (BayernLB). Die BayernLB ist bekanntermaßen durch dubiose Geschäfte mit der österreichischen Hypo Alpe-Adria in massive wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenen. Nun will die bayerische Landesregierung durch den Verkauf der GBW-Aktien einen Teil des an die BayernLB gewährten 10-Milliarden-Kredits zurückerhalten.

Florian Janik, Chef der Stadtratsfraktion, machte deutlich, dass die sich ständig verschlechternden Bedingungen für die Mieter eng mit dem drohenden Verkauf der Wohnbaugesellschaft an private Investoren zusammenhängen. „Einsparungen bei der Instandhaltung und Mieterhöhungen dienen der Aufbesserung der Bilanzen. Die Braut soll hübsch gemacht werden für den Verkauf.“ sagte Janik. Die wohnungspolitische Sprecherin der SPD-Stadtratsfraktion, Gisela Niclas, machte auf die sozialen Folgen dieser Politik aufmerksam: „Bereits jetzt können sich vor allem viele ältere Mieterinnen und Mieter die Mieten kaum noch leisten. Bei jeder Mieterhöhung sind mehr Menschen auf Wohngeld angewiesen. Das Recht der Menschen auf bezahlbaren Wohnraum wird dadurch mit Füßen getreten. Die Kommunen und der Sozialstaat werden durch die Geschäftspolitik der GBW immer stärker belastet.“

Unter den versammelten Mietern fand die Forderung der Sozialdemokra-

ten, die GBW in öffentlicher Hand zu belassen, breite Zustimmung. Die Nürnberger Landtagsabgeordnete Angelika Weikert, die auch für die Betreuung des Stimmkreises Erlangen zuständig ist, erläuterte die Initiativen der SPD-Landtagsfraktion: „Seitdem der Verkauf zur Diskussion steht, haben wir uns mit mehreren Dringlichkeitsanträgen



im Landtag für einen Ankauf der Wohnungen durch den Freistaat Bayern und einen wirksamen Mieterschutz eingesetzt.“ Bereits ein Erfolg der Sozialdemokraten sei, dass die bayerische Staatsregierung die Kommunen bei den Übernahmeverhandlungen bevorzugen wolle. Florian Janik betonte, dass die Sozialdemokraten auch vor Ort entsprechend Druck gemacht hätten: „Es ist unserer Initiative zu verdanken, dass die Stadt Erlangen sich an den Verhandlungen des Bayerischen Städtetages beteiligt, damit für den Fall, dass der Freistaat Bayern sich seiner Verantwortung entzieht und die GBW nicht selbst

kauft, eine gemeinsame Lösung mit den anderen betroffenen bayerischen Kommunen gefunden wird. Konkret wird der Ankauf der Wohnungen unter Beteiligung der städtischen Wohnbaugesellschaft Gewobau überprüft.“ Dennoch sei eine Übernahme durch die Kommunen nur die zweitbeste Lösung: „Das würde enorme finanzielle Lasten bedeuten. Die bayerische Staatsregierung ist deshalb eindeutig in der Pflicht, die GBW zu übernehmen und das Ziel der Schuldentilgung nicht zu Lasten der Mieter zu erreichen.“

Auf großes Interesse stieß bei den Mieterinnen und Mietern eine Petition an den bayerischen Landtag, die sich für den Verbleib der Wohnbaugesellschaft in öffentlicher Hand und einen wirksamen Mieterschutz einsetzt. In einem gemeinsamen Brief haben sich Weikert und Janik nun an den bayerischen Innenminister Joachim Hermann gewandt und um einen Termin gebeten, bei dem sie die bereits gesammelten Unterschriften übergeben und vor allem die Sorgen der Mieter persönlich schildern können. Dabei sollen auch mehrere hundert Briefe von Erlanger GBW-Mietern an den bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer überreicht werden.

Die Mieterinnen und Mieter wollen auch in den kommenden Wochen weiter Unterschriften für die Petition sammeln (erhältlich im Parteibüro oder unter spd-erlangen.de). In den kommenden Wochen soll außerdem eine Mieterinitiative gegründet werden, die sich für die Instandhaltung der Wohnungen und gegen Mieterhöhungen einsetzt.

Verdienstkreuz für Robert Thaler

„Unser“ Stadtrat Robert Thaler (im Bild links) ist mit dem Verdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Bei der Verleihung im Palais Stutterheim hob der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (im Bild rechts) vor allem das jahrzehntelange Engagement Thalers im Sport hervor, unter anderem als Vorsitzender des Stadtverbands der Erlanger Sportvereine. Für die SPD gehört Robert Thaler seit 1995 dem Erlanger Stadtrat an, von 2003 bis 2009 war er Kreisvorsitzender.



SPD im Großraum fordert: Stadt-Umlandbahn muss kommen

Straßenbahn zwischen Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach brächte täglich 13.000 neue Fahrgäste für den ÖPNV

Die SPD im Großraum hat sich klar für eine Stadt-Umland-Bahn zwischen Nürnberg, Erlangen und dem Landkreis Erlangen-Höchstadt ausgesprochen. Einen Tag, nachdem der VGN neue Zahlen veröffentlichte, die den volkswirtschaftlichen Nutzen der seit langem diskutierten Straßenbahn-Verbindung belegen, haben sich die Fraktionsvorsitzenden der Städte Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach sowie der Vorsitzende der Kreistagsfraktion gemeinsam zum Verkehrsprojekt bekannt. Sie wünschen sich, in zehn Jahren zusammen mit der Straßenbahn von Nürnberg nach Erlangen und vielleicht sogar schon in den Landkreis Erlangen-Höchstadt bis Herzogenaurach fahren zu können.

Der Nürnberger Fraktionsvorsitzende Christian Vogel hob hervor, dass die neue Straßenbahnverbindung täglich 13.000 neue Fahrgäste für den ÖPNV bringen würde. Sein Erlanger Kollege Dr. Florian Janik betonte, dass die Hugenottenstadt ohne eine leistungsstarke Schienenverbindung die Masse der Pendler nicht mehr bewältigen könne. 60.000 Menschen fahren täglich zu ihren Arbeitsstellen nach Erlangen und 15.000 Erlanger fahren zum selben Zweck morgens aus der Stadt heraus und im Laufe des Tages wieder hinein. Die Verkehrsbelastung sei damit immens. Jörg Bubel, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kreistag Erlangen-Höchstadt sagte, dass die Region Schritt halten müsse mit ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und dem Bevölkerungswachstum. Das Vorhaben sei daher eindeutig „sinnvoll und notwendig.“ Curd Blank, Chef der Rathaus-SPD Herzogenaurach erinnerte daran, dass die Stadt zwar drei Weltfirmen (Adidas, Puma und Schäffler) beheimate, aber keinerlei Schienenverbindung besitze. Das Verkehrssystem sei am Limit dessen, was es leisten kann. Hinzu kommt, dass in den nächsten Jahren weitere 1.000 Arbeitsplätze in Herzogenaurach entstehen sollen – was natürlich sehr zu begrüßen ist, aber verkehrstechnisch bewältigt werden muss.

Alle vier SPD-Vertreter forderten daher unisono, dass die Weichen nun in allen Städten und auf allen Ebenen für die Stadt-Umland-Bahn gestellt werden müssen. Der Stadtrat von Herzogenaurach hat bereits einen Beschluss pro

Bahn gefasst. Der Kreistag sowie die Städte Nürnberg und Erlangen sollen nun bis zur Sommerpause folgen.

Voraussetzung ist jedoch, dass die anderen politischen Kräfte mitziehen. An sie appellierten die SPD-Kommunalpolitiker sich im Sinne der Region dringend für das ÖPNV-Projekt zu entscheiden.

Ein Bussystem kommt aus Sicht der SPD als Alternative nicht in Frage. „Der Bus steht mit den Autos auf den Straßen im Stau. Außerdem würde der Bus nur halb so viele neue Fahrgäste anlocken“, erklärte Christian Vogel.

Die Finanzierung einer Stadt-Umland-Bahn könnte zum Beispiel über einen gemeinsamen Zweckverband oder eine andere Rechtsform der beteiligten



Fordern eine Stadt-Umlandbahn (von links): Christian Vogel (Partei- und Fraktionsvorsitzender Nürnberg), Dr. Florian Janik (Fraktionsvorsitzender Erlangen), Jörg Bubel (Fraktionsvorsitzender Erlangen-Höchstadt) und Curd Blank (Fraktionsvorsitzender Herzogenaurach)

Gebietskörperschaften organisiert werden. Die Haushalte der Städte würden somit nicht über Gebühr strapaziert, glaubt Dr. Florian Janik. Für ihn ist die Stadt-Umland-Bahn eine Gelegenheit, bei der die CSU zeigen kann, dass sie es mit dem Klimaschutz und der Energieverwendung wirklich ernst meint.

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Mai Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute

- 03.05. Herbert Micheler
65 Jahre
- 06.05. Christian Frank
85 Jahre
- 08.05. Günter Braun
73 Jahre
- 15.05. Wilhelm Horn
65 Jahre
- 17.05. Ute Preuß
72 Jahre
- 25.05. Gerlinde Uhl
77 Jahre
- 26.05. Heide Mattischeck
73 Jahre
- 26.05. Elli Pöschl
74 Jahre



- 27.05. Lüer Rietzsch
65 Jahre
- 27.05. Karin Sichel
70 Jahre
- 27.05. Jürgen Theuerkauf
60 Jahre

SPD diskutierte zur Flüchtlingspolitik

Das Thema „Flüchtlingspolitik“ stand im Mittelpunkt der Jahreshauptversammlung der Erlanger SPD im März. Der aktuelle Anlass dazu war die Diskussion um die rigide Praxis im Erlanger Ausländeramt beim Umgang mit Flüchtlingen. Angelika Weikert, für Erlangen zuständige SPD-Landtagsabgeordnete, ordnete die Vorgänge dort in den Rahmen der bayerischen Flüchtlingspolitik ein.

Für Weikert, die sich seit Jahren nicht nur in ihrer Landtagstätigkeit, sondern auch ehrenamtlich für Flüchtlinge engagiert, ist die Flüchtlingspolitik in Bayern davon geprägt, Flüchtlingen den Aufenthalt möglichst unangenehm zu gestalten, um sie zur Wiederausreise zu bewegen. So müssten die Menschen sehr lange in Gemeinschaftsunterkünften bleiben, wo sie unter beengten Bedingungen, mit kaum Intimsphäre und unter teilweise sehr schwierigen hygienischen Bedingungen leben müssten. Der Auszug aus den Gemeinschaftsunterkünften werde insbesondere „geduldet“ Flüchtlingen – Menschen, die keinen Asylanspruch haben, aber auch nicht abgeschoben werden können – über Jahre verwehrt. Damit hätten diese Menschen aber auch nur wenig Zugang zu Sprachkursen, zum Arbeitsmarkt oder zum sozialen Leben außerhalb der Unterkunft.

Weikert stellte die Forderungen der SPD für eine humanere Flüchtlingspolitik hervor. So solle der Aufenthalt in den Gemeinschaftsunterkünften zeitlich eng beschränkt werden und die Lebensbedingungen dort verbessert werden, zum Beispiel dadurch, dass Familien gemeinsam untergebracht würden und die Ausstattung mit sanitären Anlagen verbessert würde. Auch die Betreuung der Flüchtlinge müsse intensiviert werden. Für die Ausländerämter müssten klarere Entscheidungskriterien geschaffen werden, wann z.B. eine Aufenthalts- oder eine Arbeitserlaubnis erteilt werden solle, statt dies weitgehend Ermessensentscheidungen der Ämter zu überlassen. Die SPD-Landtagsfraktion habe diese Forderungen immer wieder im Landtag eingebracht, sei aber an der Mehrheit aus CSU und FDP gescheitert.

In der anschließenden Diskussion trafen die Forderungen Weikerts auf

breite Zustimmung. Verabschiedet wurde ein umfangreicher Antrag zur Flüchtlingspolitik (abzurufen im Internet unter spd-erlangen.de).

Im zweiten Teil der Versammlung nutzte Kreisvorsitzender Dieter Rosner seinen Rechenschaftsbericht für eine Zwischenbilanz und Standortbestimmung: „Wir können zufrieden sein mit dem, was wir erreicht haben, aber wir haben beileibe noch nicht alles erreicht, was wir uns vorgenommen haben.“ Auf der kommunalen Ebene werde die SPD als die zentrale politische

Alternative gesehen. Unter den derzeit unsicheren Mehrheitsverhältnissen in Erlangen ergebe sich die Chance, planerische, ökologische und soziale Fehlentwicklungen in der Stadtpolitik zu korrigieren.

Rosner appellierte an die SPD-Mitglieder: „Mit Blick auf die Kommunalwahlen 2014 erheben wir als Erlanger SPD den Anspruch, wieder zur führenden Kraft im Rathaus zu werden. Packt mit an, damit unsere Ziele für die nächsten beiden Jahre von Erfolg gekrönt werden“



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

.....

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

.....

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

.....

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 4 32 26 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

.....

JA zu mehr Kinderbetreuung – NEIN zum Betreuungsgeld! BayernSPD startet Massenpetition für mehr Kinderbetreuung

In der Debatte um die Einführung des Betreuungsgeldes ab 2013 startete die BayernSPD am 16. April eine Massenpetition für mehr Kinderbetreuung. Natascha Kohnen, Generalsekretärin der BayernSPD: „Darin fordern wir den Bayerischen Landtag und die Bayerische Staatsregierung auf, den Ausbau der Kinderbetreuung massiv voranzutreiben und sich im Bundesrat gegen die Einführung des Betreuungsgeldes einzusetzen.“

Unser Ziel ist es, bis zum 1. Juli so viele Unterschriften zu sammeln, dass der bayerische Landtag und die Staatsregierung Farbe bekennen müssen, wofür sie stehen. Kinderbetreuung ausbauen und gleichzeitig Geld dafür zahlen, dass Kinder von einer frühkindlichen Bildung ferngehalten werden, passt nicht zusammen. Schließlich hat Bayern enormen Nachholbedarf bei Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. Bundesweit liegt der Freistaat an vorletzter Stelle mit einer Ganztagsbetreuungsquote von 4,9 Prozent – der Bundesdurchschnitt ist 11,6 Prozent! Ab 2013 hat jedes Kind unter drei Jahren einen gesetzlichen Anspruch auf einen Krippenplatz. Der Deutsche Städtetag geht in größeren Städten von einem Bedarf von 50 Prozent aus. Dieser Bedarf ist bei weitem noch nicht gedeckt. Das bedeutet: Land und Bund müssen schnell und massiv in den Ausbau der Kindertagesstätten investieren.



Doch das Geld wird an falscher Stelle ausgegeben: Für 2013 ist das geplante Betreuungsgeld mit 400 Millionen Euro vorgesehen, ab 2014 sollen es 1,2 Milliarden Euro sein. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung rechnet aktuell sogar mit zwei Milliarden Euro jährlich. Das Betreuungsgeld soll nur an diejenigen gezahlt werden, die ihr Kind nicht in eine Kindertagesstätte geben. Dagegen weisen wissenschaftliche Untersuchungen nach, dass – neben der Bindung an die Eltern – frühkindliche Erziehung für eine gute Entwicklung der Kinder fördernd ist.

Das CSU-Betreuungsgeld wäre also eine Fehlsteuerung von Finanzmitteln. Finanzielle Anreize, keiner oder einer geringen Berufstätigkeit nachzugehen, wirken sich schädlich auf den Aufbau einer Altersvorsorge für den Elternteil

aus, der wegen fehlender Betreuungsmöglichkeiten zu Hause bleiben muss. Statt notwendiger Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf senkt das Betreuungsgeld besonders die Frauenerwerbsquote, so lautet das Ergebnis des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA), welches die Folgen des 2006 in Thüringen eingeführten Betreuungsgeldes analysierten.

Wenn Familien wirkliche Wahlfreiheit haben sollen, dann muss das Betreuungsgeld gestoppt und die dafür vorgesehenen Gelder in die frühkindliche Erziehung investiert werden – in erster Linie zum Wohle der Entwicklung unserer Kinder. Bildung von Anfang an ist der Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit in unserer Gesellschaft.“

Infostand zur Massenpetition

Die SPD Erlangen wird am 5. Mai, 12 bis 15 Uhr mit einem Infostand auf dem Hugentottenplatz über die Petition informieren. Wenn ihr beim Stand mithelfen könnt, meldet euch bitte bei Elena Geck (elena2505@web.de) oder im Parteibüro.

Die Massenpetition unterzeichnen

Die Massenpetition kann auf der Homepage <http://petition.bayernspd.de/> online unterzeichnet werden. Dort findet sich auch der Wortlaut der Petition.

Ebenfalls unterzeichnen werden kann die Petition im August-Bebel-Haus.

Die Petition läuft bis zum 1. Juli 2012.

Materialien zur Kampagne

Materialien zur Kampagne können ebenfalls unter <http://petition.bayernspd.de> abgerufen werden.

Wirtschaftspolitische Arbeitskreis

Wir treffen uns wieder am

**Mittwoch, 16. Mai um
20 Uhr im August-Bebel-
Haus**

Themen:

- Aktuelles
- Die Verteilungsfrage (Paul Vath)
- Euro-Memorandum 2012, Abschnitt 3 „Stärkung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit in Europa“ (Munib Agha)

Hinweis: Die vom WiPoAK zusammengestellten „Sozioökonomischen Strukturdaten Erlangen“ finden sich auf meiner Homepage www.fen-net.de/dr.helmut.pfister und können dort heruntergeladen werden.

Wie jeder Arbeitskreis des Kreisverbands ist auch der WiPo-AK natürlich offen für alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht. Wir freuen uns über jede/n, die/der mitarbeiten, mitdiskutieren oder auch nur erstmal zuhören will.

Helmut Pfister

Christl Frank wird 85: Herzlichen Glückwunsch!

Im Namen des SPD-Kreisverbandes Erlangen und der SPD-Stadtratsfraktion gratuliere ich Christl Frank sehr herzlich zum Geburtstag und wünsche ihm alles Gute, Glück und vor allem Gesundheit.

Ob BLSV, Stadtverband Sport oder Stadtjugendring: Die Nachkriegsgeschichte dieser Organisationen ist mit dem Namen Frank verbunden. Christl Frank und sein Frau Anni, die leider im Dezember 2009 verstorben ist, haben in vorbildlicher Weise ihr Privatleben mit dem ehrenamtlichen und politischen Engagement verbunden.

Kennengelernt haben sich die Franks beim FSV Bruck, wo beide in der Jugendbetreuung aktiv waren, eine Aufgabe, die sie auch ihren Kindern Elisabeth, Horst und Willi in die Wiege legten. 1967 ging es dann beim ATSV weiter, dem ehemaligen Arbeiterturnverein, bei dem Christl den Vorstand übernahm. Der Einsatz für den Sport war immer auch ein Einsatz für den Breitensport, ein Einsatz für Kinder und Jugendliche. Und das ist Politik in einem wohlverstandenen Sinne, denn durch dieses gelebte Vorbild wurden demokratische politische und gesellschaftliche Werte vermittelt. Werte wie die Solidarität, das Eintreten füreinander, die Berücksichtigung der Fähigkeiten und Interessen anderer und die soziale Orientierung in einem Gemeinwesen.

Noch bevor die Stadt Erlangen offizielle Partnerschaftsbeziehungen zu Rennes in Frankreich aufgebaut hat, hatten die Franks die ersten Kontakte zu französischen Jugendlichen hergestellt. Die Betreuung der Sportbeziehungen zu unserer schwedischen Partnerstadt Eskilstuna, die Verbindungen zu Jugendgruppen in vielen Staaten Europas und in Ländern der Dritten Welt, all dies ist Ausdruck eines sehr persönlichen und gerade deshalb so wichtigen Beitrags für Frieden und Völkerverständigung.

Die Liste der vielfältigen Tätigkeiten, die Christl Franks Leben auszeichnen, liest sich lange: Von der aktiven Mitarbeit beim Roten Kreuz und bei der Feuerwehr bis hin zur Mitgliedschaft beim Arbeiter-Samariter-Bund, im VdK und in der Arbeiterwohlfahrt, immer wurde und wird deutlich, dass der Name Frank in Erlangen ein Synonym für das gesell-

schaftliche Engagement, für den Einsatz für die Gemeinschaft ist.

Für Christl war es daher geradezu eine Selbstverständlichkeit in und mit der SPD aktiv Politik zu machen, insbesondere von 1972 bis 1990 als SPD-Stadtrat. Er hat erkannt, dass in einer Demokratie ehrenamtliches und privates Engagement nur dann auf Dauer zum Wohle der Menschen ausgeübt werden kann, wenn es politisch begleitet wird. Wenn die Menschen, denen es ein Anliegen ist, sich für ihre Interessen einzusetzen, auch die demokratischen Möglich-



keiten nützen, um an einer menschlichen Gesellschaft mitzuwirken. Christl hat im Stadtrat als Mitglied der SPD-Fraktion mit dafür gesorgt, dass in Erlangen ein bisschen Mehr an Chancengleichheit und Lebensqualität, an sozialer Gerechtigkeit und Bürgernähe

■ **Von Dieter Rosner**
Kreisvorsitzender



verwirklicht werden konnte. Und er verkörpert damit auch ein gutes Stück Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Politik in dieser Stadt.

Wir Erlanger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind stolz darauf, dass dieses breite Engagement vielfach geehrt wurde. Christl Frank hat in Freundschaft und Solidarität die Kommunalpolitik dieser Erlanger SPD mitgeprägt und mitgestaltet. Er ist das ein ermutigendes Beispiel dafür, dass wir unser politisches Anliegen durch Bürgernähe, persönliche Offenheit, das Zugehen auf die Menschen erfolgreich durchsetzen können.

Dafür danken wir von ganzem Herzen und wünschen für die Zukunft alles erdenklich Gute.

Betreuungsgeld: Elternverantwortung nicht ungleich behandeln

Liebe Genossinnen und Genossen, Eltern brauchen Rahmenbedingungen, um das Aufwachsen ihrer Kinder zu gestalten. Entscheidend bleibt, dass sie die Verantwortung dafür tragen – und zwar 24 Stunden am Tag. Diese Verantwortung der Eltern ist verfassungsmäßig garantiertes Recht und Pflicht zugleich und kann deshalb von niemandem entlohnt oder abgegolten werden.

Der Denkfehler des „Betreuungsgeldes“ besteht deshalb darin, dass man die generelle Verpflichtung zur elterlichen Sorge nun bei genau den Müttern und Vätern mit 150 Euro honorieren will, die für wenige Stunden am Tag keine öffentliche Betreuungseinrichtung in Anspruch nehmen.

Dies ist nichts weniger als ein Verfassungsbruch. Denn ein Großteil der Betreuung außerhalb der eigenen 4 Wände wird nicht von Krippen geleistet, sondern von Großeltern, Tanten, Nachbarn oder Freunden. Elternrechte zu respektieren und Gleichbehandlung aller Lebenswirklichkeiten sicher zu stellen, bedeutet, die Wahlfreiheit umfassend

■ **Von Marlene Rupprecht MdB**
Betreuungsabgeordnete für den Wahlkreis Erlangen



zu gewährleisten und die Übergänge zwischen elterlicher Betreuung, öffentlichen Betreuungsstrukturen und privat organisierter Hilfe zu erleichtern.

Im Familienalltag geht es ja nicht um Krippe oder Mama, um eigene Erziehung oder die bei der Tagesmutter, sondern um die Kombination all dieser – für die Entwicklung des kindlichen Sozialverhaltens und des Lernens in der Gemeinschaft – sehr fruchtbaren Welten.

Kindgerechte Betreuung darf sich weder nach Arbeitszeiten, noch nach Zuschüssen oder nach den Öffnungszeiten einer Krippe richten.

Sie muss einzig und allein danach fragen, in welchem Umfeld das Aufwachsen von Kindern am besten möglich ist.

Mit herzlichen Grüßen
Eure Marlene Rupprecht, MdB

Le changement c'est maintenant

Jusos Erlangen im französischen Präsidentschaftswahlkampf

Schon seit Jahrzehnten besteht eine Städtepartnerschaft zwischen Erlangen und Rennes. Auch die sozialistischen/sozialdemokratischen Parteien der beiden Orte – die SPD und die Parti Socialiste – pflegen ein freundschaftliches Verhältnis. Leider liegt der letzte Besuch schon einige Jahre zurück.

Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten Erlangens wollen diese Kooperationen wiederaufleben lassen und der engen und wichtigen Freundschaft einen neuen Impuls geben. Daher beschlossen wir, unsere Schwesterorganisation, den Mouvement des Jeunes Socialistes (MJS), im Präsidentschaftswahlkampf zu unterstützen. Auch damit konnten die Jusos an eine Tradition anknüpfen: 1981 unterstützte die SPD Erlangen die PS im Präsidentschaftswahlkampf, welchen François Mitterrand für sich entscheiden konnte. Unsere Fahrt stand also in dieser Hinsicht unter einem guten Omen, aber auch einer gesteigerten Erwartungshaltung. Umso

sische, sondern auch für die europäische Politik. Außerdem hoffen wir, dass eine mögliche Neuorientierung in Frankreich nach links sich auch positiv auf die Politik unserer Mutterpartei und der Parteiführung auswirken könnte.

In der Gesamtheit erscheint es uns von großer Bedeutung zu sein, dass sich die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas auf ihre historischen Wurzeln besinnen und es zu einer grundlegenden Überprüfung der eigenen Positionen und Werte kommt. Den Jungsozialistinnen und Jungsozialisten Erlangens reicht

es nicht aus, eine etwas sozialere Partei der Mitte zu sein. Wir berufen uns auf unsere Wurzeln in der Arbeiterbewegung und halten am Konzept des Demokratischen Sozialismus fest! Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, für gemeinsame linke Positionen in Europa zu streiten und uns freundschaftlich zu vernetzen! Mit diesem großen Anspruch machten wir uns am 12. April auf den Weg nach Rennes – immerhin 1100km einfach! Dieser Aufwand hat sich, soviel sei schon verraten, für uns absolut gelohnt!

Freundschaftliche Aufnahme in Rennes

Planmäßig kamen wir dann in der Nacht von Donnerstag auf Freitag in Rennes an und wurden dort von unseren Genossinnen und Genossen des MJS in Empfang genommen. Unkompliziert verteilte man uns auf WGs und Wohnungen der JungsozialistInnen und brachte uns schnell ins Bett, schließlich hatten wir am nächsten Tag einige Termine zu absolvieren.

Von Beginn an herrschte eine freundschaftliche und solidarische Atmosphä-

re, die unaufgeregte Art, mit der wir aufgenommen wurden, hat uns sehr beeindruckt. Schon in den ersten Stunden führten wir aber auch die ersten politischen Gespräche: Über den Wahlkampf



Der Erlanger Juso-Vorsitzende Munib Agha im Interview mit dem japanischen Fernsehen



Diskussion im Straßencafé

motivierter waren wir, diese Reise anzutreten.

Die anstehende Wahl um das Amt des Präsidenten/der Präsidentin Frankreichs besitzt einen richtungsweisenden Charakter; nicht nur für die franzö-

in Frankreich, über die anstehenden Wahlkämpfe im Bund und in Bayern, über die Schwierigkeiten im Verhältnis zu unseren Mutterparteien und der Unzufriedenheit über den beschränkten Einfluss auf die Bundespolitik. Bereits hierbei wurde deutlich, dass wir sehr viele Gemeinsamkeiten haben, uns die gleichen Probleme bewegen und wir ähnliche Visionen und Hoffnungen für unsere Zukunft in einem friedlichen und solidarischen Europa besitzen.

Besuch der Universität Rennes

Nach unserer verdienten Nachtruhe machten wir uns am nächsten Morgen auf zur Universität in Rennes. An der Fakultät Rennes II wurden wir in die hochschulpolitische Arbeit in Frankreich eingeführt. Besonders interessant für uns waren hierbei die Unterschiede zum studentischen Alltag in Deutschland. Die Studenten organisieren sich in Frankreich in Gewerkschaften, die eigenständig sind, aber mit den Muttergewerkschaften kooperieren. Diese studentischen Gewerkschaften nehmen eine Mittelstellung zwischen den uns bekannten politischen Hochschulgruppen und den Fachschaftsinitiativen ein. Einen praktischen Einblick in ihre Arbeit

haben wir bei einem Besuch im Büro der l'UNEF, der größten studentischen Gewerkschaft, gewinnen können.

Insgesamt scheint das studentische Leben in Frankreich stärker politisch zu sein als in Deutschland. Bei dortigen Streiks und Demonstrationen finden sich bis zu 3.000 Studentinnen und Studenten ein, um zu demonstrieren oder die Hochschule zu besetzen. Obschon auch unsere tägliche Situation an den Universitäten und Hochschulen durchaus prekär sein kann, können wir von solchen Zahlen nur zu den Hochzeiten des Protests träumen.

Grundsätzlich sind jedoch viele hochschulpolitische Probleme und Fragen in Frankreich und Deutschland sehr ähnlich. Insbesondere mangelt es an bezahlbarem Wohnraum für StudentInnen. Auch im Hinblick auf die Situation der HochschulabgängerInnen, euphemistisch als „Generation Praktikum“ beschrieben, sind Parallelen festzustellen.

Besuch bei der PS Rennes

Anschließend machten wir uns auf den Weg in die Innenstadt, wo wir in der Parteizentrale der PS umfassend über den aktuellen Wahlkampf informiert wurden. Wir diskutierten über die unterschiedlichen Positionen der zur Wahl stehenden KandidatInnen und über das Wahlprogramm der PS und des Präsidentschaftskandidaten François Hollande. Gewinnbringend war auch der Austausch über die Wahlkampfstrategie zur Mobilisierung von NichtwählerInnen.

Unsere nächsten Schritte wurden auch von einem japanischen Kamerateam begleitet, welches über den Wahlkampf des MJS in Rennes berichtet. Das Team interessierte sich besonders für unsere Ansichten zur europäischen Politik, dem EMS und dem Fiskalpakt.

Hierzu wurde unser Vorsitzender Munib Agha interviewt.

Im Laufe des Tages hatten wir noch die Gelegenheit, den Bürgermeister von Rennes und einige Abgeordnete flüchtig kennenzulernen und unsere Grüße und Gastgeschenke aus Erlangen zu überreichen. Abends trafen wir uns dann zum gemütlichen Zusammensitzen in einer Kneipe und konnten uns über unsere politische Arbeit, die Positionen unserer Organisationen und unsere Visionen austauschen.

Auch wenn es manchmal sprachlich etwas hakete, so waren die Diskussionen doch auf hohem politischem Niveau. In diesen Momenten wurde uns beeindruckend vor Augen geführt, wie viel wir gemeinsam haben, wie ähnlich unsere Ängste, Visionen und Hoffnungen sind und wie bedeutungslos Konstrukte wie Grenzen und Nationen sind. Dieses vorherrschende Gefühl sollte am Sonntag auch einen treffenden Slogan bekommen – *tous ensemble Socialistes!* (Alle zusammen SozialistInnen!) Nach einem gemeinsamen Abendessen mit unglaublich leckeren Galettes und Crêpes – der bretonischen Spezialität schlechthin – begaben wir uns wieder relativ früh in unsere Nachtlager, denn auch der Samstag hatte einiges zu bieten.

Saint-Malo und Dinard

Nach einem eher späten Frühstück machten wir uns gemeinsam mit un-



Marius Köstner an der Strandpromenade von Saint-Malo

seren Genossinnen und Genossen aus Rennes auf den Weg nach St. Malo, einer wunderschönen Küstenstadt, in der einige unserer GastgeberInnen aufgewachsen waren. Wir begannen den Tag eher gemütlich mit gemeinsamen Gesprächen in einem Café und fuhren dann weiter in den Nachbarort Dinard, um dort die örtliche Wahlkreis-kandidatin Isabelle Thomas zu treffen. Isabelle war als Vizepräsidentin der Studierendengewerkschaft UNEF 1986 am Widerstand gegen das loi De-

vaquet an führender Stelle beteiligt. Später wurde sie mit der Unterstützung von François Mitterrand Mitglied im Conseil national der PS. Zur Zeit ist sie Mitglied im Bureau national der PS. Innerhalb der PS ist sie am linken Flügel anzusiedeln. Hervorzuheben ist, dass Isabelle sich für eine Abkehr von der Atomkraft und einen Übergang zu regenerativen Energien einsetzt. Ihre herzliche und offene Art und die gemeinsamen Gespräche über die unterschiedlichsten politischen Themen werden uns in guter Erinnerung bleiben! Wir drücken ihr die Daumen, dass sie im Juni in die Nationalversammlung gewählt wird!

Spät Abends fuhren wir dann zurück nach Rennes und gingen schnell zu Bett. Schließlich mussten wir – leider – am nächsten Tag schon zurück nach Deutschland fahren. Allerdings stand ja vorher noch eines der Highlights unserer Reise an: Die große Wahlkundgebung von François Hollande in Paris!

Wahlkampfkundgebung in Paris

Am Sonntag morgen teilten wir uns dann auf: Während Katharina, Munib und Robert zusammen mit Sabine das Auto nach Paris brachten, fuhren Keno und Marius mit dem Bus der Parti Socialiste. Die Stimmung im Bus war eher ruhig; aufgrund der sehr frühen Abfahrt wurde die Gelegenheit genutzt, noch eine Runde Schlaf nachzuholen. Dies war auch dringend nötig, denn auf einem Zwischenstopp auf einem Rastplatz trafen wir auf Anhänger der konservativen UMP, die auf den Weg zu der parallel zu der sozialistischen Kundgebung stattfindenden Veranstaltung von Sarkozy waren. Während die AktivistInnen der UMP die Nationalhymne anstimmten, riefen wir mit unseren Genossinnen und Genossen den neuen Präsidenten aus und skandierten „*Tous ensemble, tous ensemble Socialistes!*“. Bevor die Situation aber weiter eskalierte – wirklich viel hat nicht mehr gefehlt – ging man getrennt zurück zu den jeweiligen Bussen und setzte die Fahrt fort.

Schließlich trafen wir in Paris am Sammelpunkt der Busse ein und wurden mit Polizeikolonnen zum Kundgebungsplatz geleitet. Auf dem Weg von den Parkplätzen zum Veranstaltungsort verteilten die WahlkampfhelferInnen Fahnen und Schilder an die SympathisantInnen. Vor dem Schloss de Vincennes war bereits eine große Bühne mit

flankierenden Großbildschirmen aufgebaut. Es gab verschiedene Stände von Suborganisationen der Partei, ein großer Stand sorgte zudem für die Verpflegung der AktivistInnen. Natürlich waren sehr viele Genossinnen und Genossen der PS vor Ort, aber auch zahlreiche BürgerInnen fanden sich in Vincennes ein, um sich zu informieren und die Rede von Hollande mitzuerleben. Der Platz füllte sich immer mehr und schließlich kamen auch unsere Erlanger GenossInnen mit dem Auto an. Da wir durch die mitgebrachten Fahnen leicht als Jusos zu erkennen waren, wurden wir oft angesprochen; man bedankte sich für unsere Unterstützung und wünschte uns viel Erfolg, im kommenden Jahr „die scheiß Merkel“ (so ein Originalzitat) endlich abzulösen. Darüber hinaus konnten wir Benoît Hamon, den porte-parole der PS (dieses Amt entspricht in etwa unserem Generalsekretär) treffen, der sich für unsere Unterstützung bedankte.

Die eigentliche Kundgebung begann dann mit einem musikalischen Rahmenprogramm bekannter KünstlerInnen. Die einleitende Rede hielt Bertrand Delanoë, der Bürgermeister von Paris. Nach ihm betrat François Hollande die Bühne. Die Rede von Hollande wurde immer wieder durch zustimmende Rufe und Sprechchöre unterbrochen. In das eindrucksvolle Fahnenmeer

solot überzeugen, lediglich rhetorisch sprang der Funke nicht immer ganz über. Beachtenswert waren insbesondere die mehrmaligen Verweise auf die Geschichte Frankreichs, die Bedeutung der linken Bewegung bei der Erkämpfung und Etablierung demokratischer Werte und die offensive Selbstbezeichnung als linke Sammelbewegung. Eine solche klare Zurechnung der eigenen Politik zur linken Bewegung würden wir uns auch öfter von unserer Parteiführung erhoffen! Der Ausgang der Wahl, so unsere feste Überzeugung, wird Hollande und der PS in diesem Punkt recht geben. Der Third Way und die Verleugnung linker Positionen sollten für europäische sozialistische und sozialdemokratische Parteien der Vergangenheit angehören.

Besonders gefreut hat uns in diesem Zusammenhang auch die klare Aussage Hollandes, den bisher einseitig auf eine Austeritätspakt ausgerichteten Fiskalpolitik nur zuzustimmen, wenn er durch wachstumsorientierte Maßnahmen ergänzt wird. Unterstützenswert ist auch die Forderung nach der Gleichbehandlung homosexueller Paare sowie die Ankündigung, für Flüchtlinge dauerhafte Aufenthaltsbewilligungen auszustellen. Diese Deutlichkeit erwarten wir auch von unserer Partei.

Leider mussten wir uns nach der Rede sehr schnell von unseren Genossinnen und Genossen verabschieden und machten uns auf den Weg zu unserer langen Wegstrecke vor uns! Bevor wir das Auto erreichten, kamen wir aber noch mit einer in Paris wohnen-

den Genossin aus Deutschland ins Gespräch, die uns über die Auslandsarbeit der SPD informierte. Vielleicht ist das für uns ein möglicher Zwischenstopp für die nächste Fahrt nach Rennes.

Für ein abschließendes Fazit ist das Erlebte gerade noch zu frisch, eigentlich hätten wir sehr große Lust, am nächs-



Wahlkampfkundgebung in Paris

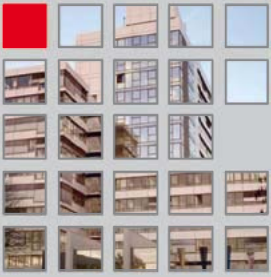


Die Erlanger Juso-Delegation mit dem „porte-parole“ der parti socialiste, Benoît Hamon

reichten sich auch unsere Juso-Fahnen ein. Vorbildlich war die Organisation der Veranstaltung: Sämtliche Reden wurden parallel wörtlich als Fließtext auf die Bildschirme übertragen und außerdem in Gebärdensprache übersetzt. Inhaltlich konnte Hollande ab-

ten Wochenende gleich wieder nach Frankreich zu fahren, um unsere Genossinnen und Genossen zu unterstützen und die geknüpften Bande weiter auszubauen und zu stärken. Wir sind sehr froh, dass wir die lange Fahrt auf uns genommen haben und so tolle und freundliche Menschen kennenlernen durften. Aus diesem ersten Besuch entstehen schon jetzt die ersten Freundschaften, über das Internet haben wir natürlich sehr niedrigschwellige Möglichkeiten, weiterhin in Kontakt zu bleiben und auch gemeinsam Politik zu gestalten. Da wir unsere GenossInnen aus Rennes auch nach Erlangen eingeladen haben, hoffen wir sehr, dass diese das Angebot bald wahrnehmen können und uns 2013 im Wahlkampf unterstützen.

Abschließend möchten wir uns ganz herzlich für die Unterstützung durch unsere Genossinnen und Genossen aus Erlangen bedanken! Als aller erstes bei Keno Kunkel, ohne dessen Initiative diese Fahrt niemals zustande gekommen wäre! Herzlichen Dank auch an unseren SPD-Kreisverband und den Juso-Bezirk Mittelfranken! Danke für die großzügige Unterstützung durch einzelne Abgeordnete und Parteimitglieder, insbesondere Angelika Weikert und Marlene Rupprecht! Danke, dass ihr uns diese Fahrt mit ermöglicht habt!



RATHAUS TELEGRAMM

Seite 2

DIE STÜB MUSS KOMMEN!

SPD im Großraum setzt sich für gemeinsamen, schienengebundenen ÖPNV ein

Seite 3

FRAUENAURACH

Gemeindezentrum wird endlich saniert

Mehr Informationen rund um den HCE auf www.hc-erlangen.de

IN DER HIERSEMANN-HALLE IN DIE ERSTE LIGA?

VEREIN UND SPD-FRAKTION MIT NEUEM VORSTOSS ERFOLGREICH

Der HC Erlangen spielt derzeit begeisterten Handball und der Aufstieg in die erste Liga ist möglich! Bislang galt die bisherige Spielstätte des HC Erlangen, die Karl-Heinz-Hiersemann-Halle, als ungeeignet für die erste Liga. Oberbürgermeister und Stadtverwaltung haben wiederholt betont, dass in der bestehenden Halle die benötigten Sitz- und Stehplätze nicht untergebracht werden können. Für eine bundesligataugliche Halle hätte man, so war wiederholt in der Presse zu lesen, entweder die bestehende Halle für viele Millionen Euro umbauen müssen oder eine ganz neue Sporthalle für noch mehr Millionen Euro bauen müssen. Die Verantwortlichen im Verein und die SPD-Fraktion haben nun nochmal Bewegung in die Sache



gebracht. Und siehe da, es könnte doch gehen. Mit kleineren Umbaumaßnahmen scheint es möglich zu sein die benötigten Sitzplätze in der bestehenden Halle unterzubringen. Jetzt wird das ganze nochmals scharf gerechnet und geplant. Am Ende steht dann hoffentlich eine kostengünstige und dennoch gute Lösung. ■

Unsere aktuellen Anträge oder Anträge zu bestimmten Themen schicken wir Ihnen gerne zu, eine kurze Mail genügt: spd@erlangen.de

SCHALLSCHUTZ FÜR DIE LOSCHGESCHULE

BAUSTELLENLÄRM MUSS DRAUSSEN BLEIBEN

Die Sanierung der Kinderklinik stellt eine erhebliche Lärmbelastung für die SchülerInnen und das Lehrerkollegium der benachbarten Loschgeschule dar. Die SPD-Fraktion hat deswegen mit einem Antrag den Einbau von Schallschutzfenstern gefordert. Diese werden nun unverzüglich eingebaut, um wieder einen normalen

Schulunterricht zu ermöglichen. Ein Ausweichen auf andere Räume ist wegen der vollen Belegung der Schule nicht möglich. Wer die Kosten der Maßnahme trägt ist noch nicht klar, es gilt jedoch das Verursacherprinzip, weshalb hier das Universitätsklinikum in der Verantwortung steht. ■

STADTGESPRÄCH AM 25.4. IN ALTERLANGEN

WIE GEHT ES WEITER MIT DEN ERLANGER BÄDERN?

Am Mittwoch, den 25.4. informieren von 19 bis 21 Uhr der Vorstand der Erlanger Stadtwerke, Matthias Exner und der SPD-Fraktionsvorsitzende, Dr. Florian Janik im großen Saal des BSC über die Möglichkei-

ten, die sich bei einer dringend benötigten Sanierung des Westbades ergeben.

Interessierte sind herzlich eingeladen! ■

STADT-UMLANDBAHN MUSS KOMMEN

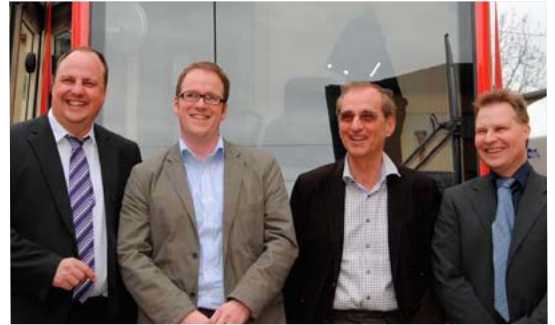
STRASSENBAHN ZWISCHEN NÜRNBERG, ERLANGEN UND HERZOGENAURACH BRÄCHTE TÄGLICH 13.000 NEUE FAHRGÄSTE FÜR DEN ÖPNV

Informationen zum Gutachten finden Sie unter www.vgn.de/stub_erlangen.pdf

Die SPD hat sich klar für eine Stadt-Umlandbahn zwischen Nürnberg, Erlangen und dem Landkreis Erlangen-Höchstadt ausgesprochen. Einen Tag, nachdem der VGN neue Zahlen veröffentlichte, die den volkswirtschaftlichen Nutzen der seit langem diskutierten Straßenbahn-Verbindung belegen, haben sich die Fraktionsvorsitzenden der Städte Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach sowie der Vorsitzende der Kreistagsfraktion gemeinsam zum Verkehrsprojekt bekannt. Sie wünschen sich, in zehn Jahren zusammen mit der Straßenbahn von Nürnberg nach Erlangen und vielleicht sogar schon in den Landkreis Erlangen-Höchstadt bis Herzogenaurach fahren zu können.

Der Erlanger Fraktionsvorsitzende Dr. Florian Janik betonte, dass die Hugenottenstadt ohne eine leistungsstarke Schienenverbindung die Masse der Pendler nicht mehr bewältigen könne: 60.000 Menschen fahren täglich zu ihren Arbeitsstellen nach Erlangen und 15.000 Erlanger fahren zum selben Zweck morgens aus der Stadt heraus. Die Verkehrsbelastung sei damit immens. Jörg Bubel, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kreistag ERH sagte, dass die Region Schritt halten müsse mit der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Bevölkerungswachstum. Das Vorhaben sei daher eindeutig „sinnvoll und notwendig“. Curd Blank, Chef der Rathaus-SPD Herzogenaurach erinnerte daran, dass die Stadt zwar drei Weltfirmen (Adidas, Puma und Schäffler) beheimate, aber keinerlei Schienenverbindung besitze. Das Verkehrssystem sei am Limit dessen, was es leisten

kann. Hinzu kommt, dass in den nächsten Jahren weitere 1.000 Arbeitsplätze in Herzogenaurach entstehen sollen - was natürlich sehr zu begrüßen ist, aber verkehrstechnisch bewältigt werden muss.



Alle vier SPD-Vertreter forderten daher unisono, dass die Weichen nun in allen Städten und auf allen Ebenen für die Stadt-Umlandbahn gestellt werden müssen. Der Stadtrat von Herzogenaurach hat bereits einen Beschluss pro Bahn gefasst, der Kreistag sowie die Städte Nürnberg und Erlangen sollen nun bis zur Sommerpause folgen.

Voraussetzung ist jedoch, dass die anderen politische Kräfte mitziehen. An sie appellierten die SPD-Kommunalpolitiker sich im Sinne der Region dringend für das ÖPNV-Projekt zu entscheiden.

Ein Bussystem kommt aus Sicht der SPD als Alternative nicht in Frage. „Der Bus steht mit den Autos auf den Straßen im Stau. Außerdem würde der Bus nur halb so viele neue Fahrgäste anlocken“, erklärte der Nürnberger Christian Vogel. Die Stadt-Umland-Bahn eine Gelegenheit, bei der die CSU zeigen kann, dass sie es mit dem Klimaschutz und der Energiewende wirklich ernst meint. ■

VERDIENSTORDEN FÜR ROBERT THALER

STADTRAT MIT EHRUNG AUSGEZEICHNET



SPD-Stadtrat Robert Thaler ist mit dem Verdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Bei der Verleihung im Palais Stutterheim hob der bayerische Innenminister Joa-

chim Herrmann vor allem das jahrzehntelange Engagement Thalers im Sport hervor, unter anderem als Vorsitzender des Stadtverbands der Erlanger Sportvereine. Für die SPD gehört Robert Thaler seit 1995 dem Erlanger Stadtrat an, von 2003 bis 2009 war er Kreisvorsitzender. ■

WAS LANGE WÄHRT...

GEMEINDEZENTRUM FRAUENAUACH WIRD ENDLICH SANIERT!

Die nächste Stadtrats-sitzung findet am Donnerstag, den 26. April statt und ist für alle Erlanger Bürgerinnen und Bürger öffentlich!

Seit vielen Jahren haben sich die SPD-Fraktion und insbesondere die beiden Stadträtinnen aus Frauenaaurach Elizabeth Rossiter und Gisela Niclas für das Gemeindezentrum Frauenaaurach eingesetzt. Das allgemeine Anliegen war es, dass sich Vereine hier wieder zuhause fühlen können und das Angebot bei der Kinderbetreuung dem Bedarf entspricht.

Immer wieder verweigerte die CSU-FDP-Mehrheit im Stadtrat ihre Zustimmung und sogar der Verkauf des Grundstücks und der Abriss des Gebäudes wurden diskutiert. Die engagierte Frauenaauracher Bürgerschaft hat das nun verhindert und sich schließlich durchgesetzt.

Im April 2011 wurde ein Beschluss über den Einbau einer Kinderkrippe mit 24, in Frauenaaurach dringend benötigten Plätzen gefasst. Damit war die Rettung des Gemeindezentrums eingeleitet, die optimierte Nutzung des Gebäudes durch Umbaumaßnahmen wurde beschlossen. Ein kleinerer Saal wurde integriert und dazu Räume für Vereine und städtische Einrichtungen wie die Sing- und Musikschule.

Allerdings wurde im Stadtrat mit dem Stimmen von CSU, FDP und FWG im Herbst 2011 eine Deckelung der Sanierungskosten auf 3,5 Mio Euro beschlossen, obwohl das Gebäudemanagement den

Zustand des Gebäudes als sehr schlecht beschrieb und die Kosten mit mindestens vier Millionen Euro bezifferte.



Überraschender Weise ist sehr kurzfristig eine Änderung der ursprünglichen Planung durch den Betrieb der dringend benötigten Hortplätze erforderlich geworden, weshalb die Kosten um rund 300.000,- Euro, die Zuschüsse aber ebenfalls um ca. 150.000 Euro, stiegen. Die Mehrheit tat sich in den folgenden Ausschüssen und im Stadtrat sehr schwer, Vorwürfe an die Verwaltung waren die Folge. Sicherlich sind die höheren Kosten schmerzlich, aber dafür bekommen die Frauenaauracher jetzt eine Lösung, die zwar auch Geld kostet, aber alle zufrieden stellt. Und dass der beschlossene finanzielle Deckel mehr mit Wunschdenken als mit der Realität zu tun hat, musste eigentlich jedem klar gewesen sein.

Jetzt wird ein „Mehrgenerationenhaus“ für Krippenkinder bis zu den SeniorInnen, für die Vereine bis hin zur kulturellen Nutzung entstehen und das ist auch gut so. ■

KEINER DARF ZURÜCKBLEIBEN!

ÜBERGANG SCHULE UND BERUF: SPD SETZT NEUEN ANSATZ DURCH

Auch in Erlangen gibt es, trotz der insgesamt guten Lage am Arbeitsmarkt, junge Menschen, die keinen Ausbildungsplatz finden oder keine abgeschlossene Berufsausbildung erreichen. Übergangmanagement soll deshalb Jugendliche unterstützen, nach der Schule eine Ausbildungsstelle zu finden oder einen höherwertigen Schulabschluss zu machen. Auch während der Ausbildung und nach deren Abschluss sollten Jugendliche begleitet werden. Die unzureichende Koordinierung der verschiedenen Angebote sowie die fehlende konkrete Ausrichtung auf bestimmte Zielgruppen hat die SPD-Fraktion in den

vergangenen Jahren (seit 2007!) mehrfach in Anträgen thematisiert. Lange Zeit stieß die SPD damit jedoch in der Stadtspitze auf taube Ohren, obwohl auch externe Gutachter diese Schwachpunkte eindeutig benannt hatten. Jetzt konnte sich die SPD-Fraktion mit der Erarbeitung eines Konzepts für die Mittelschulen durchsetzen. „Wir freuen uns, dass das Problem endlich erkannt wurde“, kommentierte SPD-Sprecherin Barbara Pfister. „Wir werden die Diskussion über die Konzeption konstruktiv begleiten. Außerdem müssen nach den Mittelschulen auch die anderen Schulformen einbezogen werden.“ ■

RATHAUS TELEGRAMM 03/2012: IMPRESSUM

Das SPD-Rathaustelegramm wird durch die SPD-Stadtratsfraktion Erlangen erstellt, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen, Telefon: 09131-862225 - Fax: 09131-862181 Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de - Mail: spd@erlangen.de Verantwortlich: Dr. Florian Janik - Redaktionelle Gestaltung: Saskia Coerlin

Erlangen

SPD

„Für eine Politik, die Frieden schafft“

Rede von Peter Schönlein auf der Kreismitgliederversammlung am 19. April

Es ist paradox. Wer den Krieg in Afghanistan ablehnt, das Festhalten am Krieg verurteilt, seine Fortsetzung für sinnlos hält, ist nicht etwa ein einsamer Rufer in der Wüste, ein politischer Sektierer, sondern er bewegt sich im Mainstream der Beurteilung gerade auch maßgeblicher Beobachter des Zeitgeschehens. Und so sieht deren Bilanz aus:

- „Genug ist genug.“ So fasste erst vor wenigen Tagen, wie die Washington Post berichtet, ein Sprecher des US-Militärs die Mehrheitsmeinung im amerikanischen Sicherheitsestablishment zusammen.
- „Der Militäreinsatz in Afghanistan ist gescheitert.“ Dieses Urteil fällt vor kurzem der frühere Bundeswehr-Generalinspekteur Harald Kujat.
- „Afghanistan ist ein weiteres Beispiel für das Scheitern einer militärischen Konfliktlösung.“ Dies sagte erst kürzlich der UN-Korrespondent Andreas Zumach bei den mittelfränkischen Sicherheitsgesprächen vor Vertretern der Bundeswehr.
- „Der Versuch, in Afghanistan Demokratie mit militärischen Mitteln zu tablieren, ist gründlich misslungen.“ Zu diesem Ergebnis kommen die Nürnberger Nachrichten in einem Kommentar vor wenigen Tagen.
- „Der Krieg ist verloren, es ist an der Zeit, das Scheitern der Militärmision einzugestehen.“ Diese Bilanz zog im vergangenen Monat die Wochenzeitung Die Zeit.

Klare Aussagen, eindeutige Urteile, unmissverständliche Botschaften. Aber haben solche Erkenntnisse an den entscheidenden Stellen, in der Bundesregierung, im Deutschen Bundestag, etwas bewegt? Keineswegs. Erst im Januar dieses Jahres hat der Deutsche Bundestag auf Antrag der Bundesregierung mit breiter Mehrheit eine erneute Verlängerung des Militäreinsatzes beschlossen, selbst die für 2014 in Aussicht gestellte Beendigung ist unter den Vorbehalt gestellt, dass es die Lage erlaubt.

Grundlage der Beratung und schließlich Entscheidung im Deutschen Bundestag war wohl vor allem der von der

Bundesregierung vorgelegte „Fort-schrittsbericht Afghanistan“. Zur Unter-richtung des Deutschen Bundestages, wie es in der Unterzeile heißt.

Wie schon der Titel des 86seitigen Berichtes verheißt, geht es darum, von Fortschritten in Afghanistan zu künden und so den noch immer andauernden Kriegseinsatz zu rechtfertigen. Und in der Tat sind einzelne Fortschritte nicht zu verkennen, z.B. beim

■ Von Peter Schönlein

Altoberbürgermeister der Stadt Nürnberg

Ausbau von Bildungsangeboten für beide Geschlechter, beim Ausbau von Infrastruktur für Transport, Energie und Trinkwasser sowie bei der Verbesserung der Sicherheitslage. Insofern

Friedensbildung statt Bundeswehr an unseren Schulen!

Beschluss der Kreismitgliederversammlung vom 19. April

Mit Sorge beobachtet die Erlanger SPD die zunehmende Militarisierung von Politik und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Neben der wachsenden Zahl von Militär- und Kriegseinsätzen im Ausland, dem Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee (auch zur Absicherung der Handelswege und der Rohstoff- und Energiemärkte; siehe neue Verteidigungspolitische Richtlinien!), der zunehmenden Rüstungs(auftrags)forschung an den Universitäten und Hochschulen zählt hierzu auch die wachsende Präsenz der Bundeswehr an den Schulen, mit sogenannten „Jugendoffizieren“ u.ä. In Bayern sind diese Bundeswehraktivitäten durch einen Kooperationsvertrag zwischen dem Freistaat und der Bundeswehr geregelt.

Demgegenüber betont die Erlanger SPD: Die Bundeswehr hat an unseren Schulen nichts zu suchen. Friedenssicherung und internationale Politik für Entwicklung, Sicherheit und Zusammenarbeit sind unabdingbarer Bestandteil des demokratischen Bildungsauftrags unserer Schulen im Rahmen des Unterrichts. Seit langem fordern Friedensforschung und Friedensbewegung eine stärkere Verankerung dieser Bildungsziele in den Curricula der Schulen und in der LehrerInnen-Ausbildung. Die Bundeswehr hat dazu weder die Qualifikation und Fähigkeit noch einen entsprechenden Bildungsauftrag und kann daher keinen Beitrag dazu leisten.

Die Erlanger SPD fordert

- Die Aufhebung des Kooperationsvertrages zwischen dem Freistaat Bayern und der Bundeswehr an den Schulen.
 - Die Verstärkung bzw. Aufnahme der Friedensbildung in die Bildungsziele, die Curricula der Schulen und der LehrerInnenaus- und -fortbildung unter Einbeziehung der Friedensforschung und der Friedensbewegung.
- Solange der Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr nicht aufgehoben ist, fordert die Erlanger SPD, entsprechend der Petition des Bayerischen Elternverbands e.V.,
- „Die Entscheidung über eine Einladung von Vertretern der Bundeswehr für Informationsveranstaltungen an Schulen liegt in der Zuständigkeit des Schulforums. Dies wird in den Art.69 Abs.4 Ziffer 5 BayEUG aufgenommen.
 - Schüler dürfen aus Gewissensgründen einer Bundeswehrveranstaltung fern bleiben. Sie werden währenddessen anderweitig beschult.“
 - Darüberhinaus ist auf Wunsch des Schulforums, der Elternvertretung oder der SMV VertreterInnen der Friedensforschung und/oder der Friedensbewegung Gelegenheit für entsprechende Veranstaltungen an den Schulen zu geben.

Die Erlanger SPD fordert die Stadt Erlangen auf, diese Maßnahmen in ihrem Zuständigkeitsbereich im größtmöglichen Umfang umzusetzen.

wird man auch nicht so weit gehen wollen zu sagen: Alles ist schlecht in Afghanistan.

Doch in den Bereichen, auf die es entscheidend ankommt, muss der Bericht einräumen:

- „Die Zahl der zivilen Opfer hat 2011 zugenommen.“ (und zwar auf über 3.000, allein im letzten Jahr!)
- „Eine Korrektur der zum Teil sehr ambitionierten Erwartungen der Anfangsjahre (...) war notwendig. Die Vorstellung einer Schweiz am Hindukusch wurde als Utopie erkannt.“
- „Ein fehlendes staatliches Gewaltmonopol und willkürliche Entscheidungsprozesse beeinträchtigen weiterhin die effektive Ausübung der Staatsgewalt.“
- „Ein großes Hindernis für gute Regierungsführung in Afghanistan bleibt die Korruption. Im Korruptionsindex von Transparency International liegt Afghanistan mit Rang 180 auf dem vorletzten Platz.“
- „An der Korruption ist die illegale Drogenwirtschaft maßgeblich beteiligt. Weltweit bleibt Afghanistan mit einem Marktanteil von 90 Prozent der größte Opiumproduzent. Viele lokale und nationale Machthaber profitieren von der Drogenwirtschaft. Die Zahl der Drogensüchtigen nimmt weiter zu, und mit ihr die Ausbreitung von HIV und anderer Krankheiten.“
- „Die Verwirklichung der Menschenrechte durch die afghanischen Institutionen und innerhalb der afghanischen Gesellschaft kann nur durch einen langfristigen Prozess der Aufklärung und Bildung verbessert werden.“
- „Die Lage der Frauen in Afghanistan ist auch 10 Jahre nach dem Sturz der Taliban noch nicht zufriedenstellend. Dies liegt vor allem an einem überkommenen traditionellen Rollenverständnis, das in Afghanistan besonders auf dem Land noch weit verbreitet ist.“

Soweit der Fortschrittsbericht der Bundesregierung.

Und die zuletzt zitierte Feststellung über die Lage der Frauen in Afghanistan bestätigt der jetzt vorgelegte Bericht von Human Rights Watch über die aktuelle Situation der Menschenrechte in Afghanistan. Darin schildert die Men-

schenrechtsorganisation schockierende Zustände. Auch in letzter Zeit noch seien Hunderte von Frauen wegen angeblicher außerehelicher Beziehungen zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden.

Wer sich aber einen einigermaßen objektiven Eindruck verschaffen will von dem, was mehr als 10 Jahre Militäreinsatz in Afghanistan bewirkt hat, der sollte sich nicht allein auf Darstellungen von offizieller Seite verlassen, sondern auch Berichterstatter von neutraler Seite einbeziehen. Daher soll hier Navid Kermani zu Wort kommen. Er ist habilitierter Orientalist, Senior Fellow am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen und als Buchautor für sein lagerübergreifendes Denken und seinen unbestechlichen Blick vielfach mit Preisen bedacht worden.

Im Zeit-Dossier vom 5. Januar 2012 schildert er die Eindrücke von seinem jüngsten Afghanistan-Besuch:

„Nach fünf Jahren zurück in Kabul: Was mir als erstes auffällt, sind die Mauern vor den Mauern all jener Gebäude, die den Staat, das Kapital oder das Ausland repräsentieren, davor eine dritte Wand aus Betonsäcken und Wärfel mit Maschinengewehren. Nach einer ersten Begutachtung wird man vor eine Eisentür geführt und durch ein Sichtgitter ein weiteres Mal betrachtet. Öffnet sich die Tür, tritt man in eine Schleuse, in der die Tasche durchwühlt, der Ausweis kontrolliert und der Körper abgetastet wird. Schließlich klopft ein Herr, der als einziger kein Maschinengewehr trägt, gegen eine weitere Eisentür. Wieder öffnet sich ein Schiebefenster, ein kurzer Blick, dann darf man endlich eintreten und steht – vor der eigentlichen Mauer des Gebäudes. Das ist Standard geworden auch für gehobene Hotels und Restaurants, Banken und Shoppingmalls in Kabul, nur dass vor Botschaften und Ministerien bereits die Zufahrtsstraßen gesperrt sind.“

Die Lage in Afghanistan sei in mancherlei Hinsicht besser geworden, hebt auch Navid Kermani hervor:

„Was ich auf Anhieb sehe: Im Stadtzentrum jedenfalls ist Armut nicht mehr so offensichtlich, keine bettelnden Frauen in Burka mehr alle paar Meter, keine Banden von Kindern, die sich an Klebstoff be-

rauschen, dafür unzählige Kebabstände, viel mehr Geschäfte, überhaupt so etwas wie Stadtleben, eine Müllabfuhr zum Beispiel, oh Wunder, und zwei, drei Parkanlagen, die zum Verweilen einladen. Abends die Überraschung, dass es Strom gibt, Straßenlaternen aber noch nicht, so dass Kabul nachts weiter im Dunkeln liegt.“

So viel aus der Hauptstadt. Die Berichterstatterung aus anderen Teilen dieses von hohen Gebirgen durchzogenen Landes, das immerhin doppelt so groß ist wie das vereinigte Deutschland, ist äußerst problematisch, wie Navid Kermani darlegt:

„Weite Teile des zerklüfteten Landes sind praktisch nicht mehr zu bereisen, nicht für Afghanen und schon gar nicht für ausländische Besucher. Zwar mögen die meisten Städte sicher sein, aber die Straßen sind es nicht. Berichterstatter gelangen fast ausschließlich an jene Orte, die von Flugzeugen angesteuert werden, allenfalls noch in die Dörfer ringsum. Das bedeutet, dass jeder Blick auf das Land notwendig einseitig und lediglich von jenen Gebieten aus erster Hand zu berichten ist, in denen es elementare Fortschritte gibt: Polizisten auf den Straßen, geöffnete Schulen, Strom, eine irgendwie geartete öffentliche Verwaltung.“

Das Bild Afghanistans insgesamt nach mehr als 10 Jahren Krieg ist eher bedrückend. Den aus Deutschland entsandten militärischen und zivilen Einsatzkräften ist daraus gewiss kein Vorwurf zu machen. Die zu beklagenden Umstände sind aber vor allem eines: ein eindeutiger und unwiderlegbarer Beleg dafür, dass Krieg nicht die Lösung des Problems ist. Und an einer Stelle wird dies sogar im Fortschrittsbericht der Bundesregierung selbst in verblüffender Offenheit zum Ausdruck gebracht: „Frieden und Sicherheit in Afghanistan erfordern eine politische Lösung. Sie kann nur durch Verhandlungen und einen Prozess der Versöhnung herbeigeführt werden. Diese Erkenntnis hat sich 2011 endlich durchgesetzt.“

Wann, so fragen sich viele, wird im deutschen Bundestag aus dieser Erkenntnis Einsicht und aus Einsicht Beschlüsse zum definitiven Ausstieg aus dem Krieg ohne Vorbehalte und Hintertüren? Solange zu befürchten ist, dass weiterhin mit Waffengewalt die für Af-

ghanistan gesteckten Ziele angestrebt werden, darf man nicht müde werden, seine Stimme dagegen zu erheben.

Dieser Standpunkt ist keine Minderheitenposition in der Bundesrepublik, es ist die Mehrheitsmeinung des deutschen Volkes. Denn über alle Jahre hinweg – das haben die Umfragen Jahr für Jahr eindeutig gezeigt – haben sich 60 bis 70 Prozent der Bundesbürger gegen den Krieg in Afghanistan ausgesprochen. Es ist ein für eine Demokratie bedenkliches Phänomen, dass die Entscheider in Berlin glauben, darauf keine Rücksicht nehmen zu müssen.

Diese breite und anhaltende Ablehnung des Kriegs durch die Bürger ist umso bemerkenswerter, als man sich lange Zeit große Mühe gegeben hat, das Kriegsgeschehen in Afghanistan zu verschleiern und zu verharmlosen. Von einem Mandat ist da meist die Rede, von einer Mission, von humanitären Einsätzen, von militärischen Sicherheitsmaßnahmen. Aber es erwies sich bisher als vergebliche Mühe, durch solche Sprachakrobatik mündigen Bürgern den Afghanistan-Krieg schmackhaft zu machen.

Und gerade weil das Kriegsgeschehen in Afghanistan oft verschleiert und verharmlost wird, ist es notwendig, die Wirklichkeit ins Auge zu fassen. Meist wird der Eindruck erweckt, als ob die ISAF-Truppen sich in ihren Stützpunkten verschanzt hätten und nur gelegentlich zu Patrouillen-Gängen ausrückten, um Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. Die hohen Verluste unter den alliierten – auch deutschen – Soldaten, die zahllosen Toten auf afghanischer Seite, darunter ungezählte Frauen und Kinder sprechen eine andere Sprache. Die Bombardierung der Tanklastzüge bei Kundus hat schlaglichtartig das tragische Kriegsgeschehen ins öffentliche Bewusstsein gerückt – wenigstens für kurze Zeit!

Doch auf amerikanischer Seite kommt noch eine andere Art der Kriegführung ins Spiel. Das sind zum einen die sogenannten nächtlichen Kommandoaktionen. Schwer bewaffnete Spezialeinheiten dringen bei Nacht überfallartig in afghanische Wohnhäuser ein, um dort vermutete Taliban-Kämpfer zu liquidieren und auszuschalten. Man nimmt es in Kauf, dass dabei Soldaten in die Schlafzimmer von Frauen eindringen und religiöse und kulturelle Tabuzonen einer islamischen Gesellschaft mit Füßen treten. Der afghanische Präsident

hat gegen diesen Affront wiederholt protestiert und auf die verheerenden Folgen für das Verhältnis von Afghanen und Besatzungstruppen hingewiesen. Und diese nächtlichen Kommandoaktionen sind nicht etwa Einzelfälle, sie werden seit langem systematisch durchgezogen, allein im letzten Jahr 2011 gab es 2.500 Aktionen dieser Art.

Vor wenigen Tagen kam jetzt übrigens die Nachricht im Fernsehen, dass man sich die bisherige Praxis doch nicht länger leisten will und zu einer Entschärfung des Vorgehens bereit ist.

Noch mehr hat der Einsatz von Drohnen den Charakter des Krieges verändert. Die Süddeutsche Zeitung hat dies den „Tod per Fernbedienung“ genannt. Und das geht in der Regel so: Geheimdienstagenten melden per Funk, dass sich Taliban-Kämpfer in ein bestimmtes Bergdorf zurückgezogen hätten. Irgendwo in weiter Ferne, in einem US-Militärstützpunkt, sitzt jemand am Computer und gibt die Koordinaten des Dorfes ein. Per Mausclick wird die mit Raketen bestückte Drohne gestartet, deren tödliche Fracht das angegebene Dorf dem Erdboten gleichmacht. „Hellfire“, also Höllenfeuer, nennen die Militärs die Raketen, die ins Ziel gebracht werden, ohne dass für eigenes Personal ein Risiko eingegangen werden muss. Ein Triumph technologischer Überlegenheit, der Allmachtsfantasien hervorrufen kann – mit unübersehbaren Folgen.

Auch hier kann man nicht von Einzelfällen sprechen. Die Produktion solcher Drohnen ist in den letzten Jahren ständig gesteigert worden. Im letzten Jahr waren bereits über 800 solcher unbemannter Flugkörper im Einsatz. Wie viele Einsätze geflogen, wie viele Treffer erzielt, wie viele Menschen getötet, verletzt, verstümmelt oder traumatisiert wurden, ist unbekannt. Das Institut New America Foundation gibt als Ergebnis seiner Untersuchungen an, dass man unter den Opfern von wenigstens 20 Prozent Zivilisten, und das heißt vor allem Frauen und Kinder, ausgehen muss. Das sind die von den Militärs als leider unvermeidliche Kollateralschäden bezeichneten Nebenwirkungen der Bombardements. Nicht zu beneiden sind die Politiker, die dafür mit ihren Beschlüssen die Verantwortung tragen.

Schon ist zu beobachten, dass auch außerhalb von Afghanistan auf dem Gebiet anderer Staaten solche Drohnen oder auch ferngesteuerte Raketen zunehmend für gezielte Tötungen ein-

gesetzt werden. Ist nicht zu befürchten, dass diese Möglichkeit, ohne Risiko für eigenes Personal Feinde auszuschalten, die Hemmschwelle herabsetzt, die Versuchung verstärkt, zu militärischer Gewalt zu greifen?

Diese Entwicklung ist umso bedenklicher, als in zunehmendem Maße der Geist des Interventionismus in Kreisen der Völkergemeinschaft grassiert. Schon spricht man davon, dass uns ein Zeitalter permanenter Einmischung bevorsteht und bisher unerschütterliche Grundsätze des Völkerrechts wie Souveränität und Integrität von Staaten sowie Nichteinmischung in deren innere Angelegenheiten durch neue Normen marginalisiert werden.

Allerdings sollte es man sich in diesem Punkte nicht zu einfach machen. Denn die Grundidee einer sehr viel stärkeren Übernahme von Verantwortung für unterdrückte, von Verfolgung und Tod bedrohte Menschen ist eine ethisch sehr hoch angesiedelte Maxime, die im letzten Jahrzehnt die grundsätzliche Zustimmung der Staatengemeinschaft gefunden hat. Was aber im Himmel der Ideale von bestechender Schönheit und Reinheit ist, erweist sich in den Niederungen der Praxis als eine höchst problematische Aufgabe, deren Umsetzung und konsequente Anwendung oft der Quadratur des Zirkels gleichen mag. Jedenfalls würde militärisches Einschreiten – in der Ursprungsidee auch gar nicht vorrangig vorgesehen – immer auch neue und erweiterte Rüstungsausgaben zur Folge haben, die schon sehr bald die meisten Truppensteller überfordern würde.

Vor allem aber ist bei jedem militärischen Einmarsch zu bedenken: Auf einen Sieg der Waffen folgt nicht automatisch auch ein Sieg der Werte, derentwegen man vorgibt, einmarschiert zu sein. Immer häufiger würde es vermutlich nötig sein, für längere Zeit, womöglich für Jahrzehnte militärisch präsent zu sein, neokoloniale Zustände könnten die Folge sein.

Und bei der Vielzahl der Krisenherde auf unserem Planeten ist es kein Wunder, dass die NATO ausersehen sein soll, solche Aufgaben ganz oder teilweise zu übernehmen. Ich selbst hatte die Ehre, in das Hauptquartier der NATO nach Brüssel eingeladen zu sein. Ich weiß daher aus eigener Anschauung, welch gigantischer Apparat dort vorgehalten wird, auch noch in den Zeiten nach Ende des Kalten Krieges, als dem Verteidigungs-

bündnis der oder die Feinde ausgegangen sind. Auf dem NATO-Gipfel in Lissabon wurde daher beschlossen, die NATO so neu aufzustellen und auszurüsten, dass sie nicht nur einen, sondern mehrere Militär-Interventionen gleichzeitig bewältigen kann.

Ich bin mir darüber im Klaren, dass es für die deutsche Politik nicht einfach sein wird, im Geflecht der Bündnisverpflichtungen und vor dem Hintergrund der an Deutschland gerichteten Erwartungen, einen immer größeren Anteil der militärischen Lasten zu übernehmen, eine eigenständige politische Position zu behaupten – eine Position, die sich auf eine breite Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, auf die Erfahrung der Menschen hierzulande mit Krieg und auf ethische, nicht nur machtpolitische Grundsätze berufen kann.

Der Afghanistan-Krieg und die Beschäftigung mit ihm sind in diesem Zusammenhang deshalb so wichtig, weil dieser Krieg über den Einzelfall hinaus-

weist, und als Auftakt und Modell für eine Welt gedacht ist, in der Konflikte nicht durch beharrliche und entschiedene politische Schlichtung, sondern durch Waffeneinsatz gelöst werden sollen.

Diejenigen, die vor den damit heraufziehenden Gefahren warnen, werden gerne als blauäugige Idealisten belächelt, als unbelehrbare Pazifisten abgetan oder überhaupt als untauglich für das politische Geschäft dieser Welt verhöhnt. Ethische Grundsätze? Ist das der Selbstbetrug von Menschen, die an einer sinnvollen, guten Welt festhalten wollen, weil ihnen zur Welt, wie sie ist, die Kraft fehlt?

Die Welt, wie sie ist. Ich frage: Ist die SPD nicht eigentlich deshalb entstanden, weil die Welt nicht so bleiben sollte, wie sie ist? Haben sich Generationen von Menschen nicht deshalb für diese Partei entschieden und sich in ihr engagiert, weil man dieser Partei den Willen und die Kraft zutraute, die Verhältnisse

zu ändern im Sinne von sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Teilhabe und gemeinsamem Eintreten für die eigenen Rechte wie für die Rechte anderer? War nicht vor allem der Friedenswille ausgeprägter als in anderen Parteien und selbstverständlicher Bestandteil der politischen Programmatik? Wäre es nicht ein Paradigmenwechsel ohnegleichen, wenn künftig der Begriff „internationale Solidarität“ sich mit der Bereitschaft zum Kriegseinsatz verbinden müsste?

Wieder einmal, so scheint es, stehen wir an einem Scheideweg. Wir dürfen nicht die Augen verschließen vor den allenthalben im Gange befindlichen Bemühungen, Krieg wieder als Mittel der Politik zu legitimieren und gesellschaftlich salonfähig zu machen. Die SPD muss sich dieser Herausforderung stellen. Helfen wir alle zusammen, diese Herausforderung zu bestehen.

Zeigen wir Mut, zeigen wir Kraft, zeigen wir Stärke!

Leserbrief zur Jahreshauptversammlung 2012

Die Jahreshauptversammlung des Erlanger Kreisverbandes fand turnusgemäß im März statt. Wegen der zweijährigen Amtszeit des Vorstands standen dabei keine Neuwahlen an.

Das Organisationsstatut unserer Partei schreibt jährliche Jahreshauptversammlungen vor. Was ist der Sinn einer solchen Veranstaltung? Der Vorstand soll Rechenschaft ablegen, über Erfolge und Misserfolge berichten und der Mitgliedschaft Gelegenheit geben, über den Bericht zu diskutieren, ggf. auch Kritik zu üben oder zu loben und Anregungen für die künftige Arbeit zu geben. Damit viel Zeit für das gemeinsame Gespräch bleibt, war es lange Jahre üblich, bekräftigt durch Beschlüsse der Kreismitgliederversammlung, die Rechenschaftsberichte gleichzeitig mit der Einladung im Monatsspiegel zu veröffentlichen, um so der Mitgliedschaft die Möglichkeit zu geben, vorher darüber nachzudenken, was vielleicht in die Diskussion einzubringen wäre.

Bei der Jahreshauptversammlung im März war es aber anders. Der Rechenschaftsbericht wurde erst einen Monat später im April veröffentlicht. Weil man den Pflichtteil dieser Veranstaltung of-

fenkundig als sehr wenig zeitaufwendig eingeschätzt hatte, hatte man zusätzlich die den Wahlkreis Erlangen betreuende Landtagsabgeordnete eingeladen, ein Referat über die bayerische Asylpolitik zu halten. Obwohl Erlangen mit der Umsetzung dieser Politik durch das Ausländeramt in letzter Zeit Schlagzeilen verursachte, spielte dieser lokale Bezug eine eher marginale Rolle. Das Referat dauerte deutlich länger als eingangs angekündigt. Es gab im Anschluss noch eine Reihe eher wohlwollender Diskussionsbeiträge.

Nach über 70 Minuten Dauer standen dann der (nicht vorher veröffentlichte) Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden sowie der Gleichstellungsbericht der stellvertretenden Vorsitzenden und ein Bericht des stellvertretenden Vorsitzenden zu Mitgliederstruktur und Mitgliederentwicklung an. Und da war es dann schon fast 22:00.

Kassenbericht und Bericht der Revisoren folgten darauf. Die Revisoren hatten sich im Rahmen der Revision intensiv mit strukturellen Stärken und Schwächen der Abwicklung der Erlanger Parteifinanzen beschäftigt und einen Katalog von Vorschlägen zu deren Optimierung

■ **Von Gerd Peters**
Revisor im Kreisverband



erarbeitet. Hierüber sollte ansatzweise berichtet werden. Der Kreisvorsitzende als Versammlungsleiter versuchte dann diesen Bericht, den er in ausführlicher Version informell schon einige Tage vorher erhalten hatte, mit Hinweis auf die fortgeschrittene Zeit abzuwürgen. Ziel war es wohl, statt sieben Minuten lang nur drei Minuten zuhören zu müssen. Vor der Versammlung hatten die Revisoren noch eine Mail aus dem engeren Kreisvorstand erhalten, wie er sich den mündlichen Bericht vorstellt. Dieses Verhalten verkennt, dass die Revisoren nicht weisungsgebunden sind und es ihre Aufgabe ist, das Finanzgebaren zu überprüfen. Sicher unüblich ist die Bitte der Revisoren an den geschäftsführenden Kreisvorstand, bald schriftlich zu diesem Bericht Stellung zu nehmen. Dahinter steckt die Vorstellung, dass durch klare Spielregeln die Übersichtlichkeit des Finanzgebarens erhöht werden kann und einheitliche Kriterien im Aus-

gabeverhalten noch besser zur Geltung kommen.

Störende Zwischenrufe einiger Mitglieder gegen die aus ihrer Sicht überflüssigen Informationen störten die Berichterstattung. Die Versammlungsleitung ließ dieses zu. Statt ernsthaft, durchaus auch kontrovers, zu diskutieren, wurde der Bericht als lästig und überflüssig angesehen. Vielleicht liegt diesem Verhalten die Vorstellung zu

Grunde, dass Revisoren nur schauen sollen, ob richtig gerechnet wurde, nicht aber ob das Finanzgebaren ohne große Mühe nachzuvollziehen ist und sich an einheitlichen Kriterien orientiert. In Zeiten des Computers, der für richtig addierte und subtrahierte Zahlenkolonnen sorgt, ist diese Vorstellung wohl ein wenig antiquiert.

Und dann, ohne das zu tun, was eigentlich Zweck einer Jahreshauptver-

sammlung ist, nämlich gemeinsam über die anstehende politische Arbeit zu reden, wurden noch rasch zwei Juso-Anträge durchgewunken, die vorbildlich im „Monatspiegel“ März abgedruckt waren. Und um ca. 22.20 durften alle nach Hause gehen. Jahreshauptversammlung war laut Einladung gewesen, aber doch nicht gewesen, wenn man sozialdemokratische Spielregeln beachtet hätte.

Aus dem wirtschaftspolitischen Arbeitskreis:

Demographische Argumente in der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Gerade in den letzten Jahren wurden einschneidende Reformen insbesondere in Kranken- und Rentenversicherung damit begründet, dass die Zukunftsfähigkeit der Sozialversicherungssysteme angesichts der dramatischen demographischen Entwicklung gesichert werden müsse.

Festzuhalten ist hierbei zunächst, dass langfristige Vorhersagen über die demographische Entwicklung wissenschaftlich fragwürdig sind, da viele Faktoren nicht vorhersehbar sind (z.B. in den letzten fünfzig Jahren die Antibaby-Pille, der Wandel der Familienstruktur, Migrationsbewegungen, die Öffnung des ehemaligen Ostblocks). Für den wissenschaftlich solide prognostizierbaren Bereich sind keine größeren Verschiebungen im Altersquotienten (Anteil der Rentner auf 100 Erwerbfähige, das heißt 15- bis unter 65-Jährige) zu erwarten.

Eine einseitige Betrachtung des Altersquotienten ist des Weiteren verkürzt, da auch Kinder und Jugendliche sowohl für die Eltern als auch den Staat Kosten verursachen. In einer alternden Gesellschaft sind neben mehr alten Menschen aber zugleich weniger Kinder und Jugendliche zu versorgen, das heißt bei einer Orientierung am Gesamtquotienten (Altersquotient + Jugendquotient) schwächt sich die Dramatik der Entwicklung ab.

Kaum berücksichtigt wird in der Diskussion zudem, dass sich historisch gesehen bereits ein drastischer demo-

graphischer Wandel vollzogen hat: Seit 1900 stieg die Lebenserwartung um 30 Prozent, der Altersquotient von 1900 bis 1950 um 100 Prozent und von 1950 bis 2000 noch einmal um 68 Prozent. Dennoch konnte der Sozialstaat in diesem Zeitraum aufgrund der – auch künftig einzuberechnenden – Produktivitätsentwicklung auf- und ausgebaut werden.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass viele Maßnahmen zur Sicherung der Sozialversicherungen jenseits von offenen und verdeckten Kürzungen noch lange nicht in ausreichendem Maße ergriffen wurden. Zu nennen sind hierbei insbesondere Lohnsteigerungen mit entsprechenden Auswirkungen auf die Sozialversicherungsbeiträge, die Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit, eine kontrollierte Zuwanderung von Fachkräften sowie der Einbezug von Selbstständigen und Beamten in die Rentenversicherung.

Insgesamt ist daher zu konstatieren, dass die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Sozialversicherungssysteme komplexer sind als oftmals suggeriert. Einschnitte zu Lasten der Versicherten sind entgegen der oft vertretenen Ansicht nicht zwangsläufig notwendig; es gilt vielmehr, Alternativen in den öffentlichen Diskurs einzubringen und vorhandene Spielräume auszuschöpfen.

Dies ist nicht zuletzt deshalb notwendig, da beim Rentensystem die von den Anhängern der kapitalgedeckten

■ Von Robert Sippl

stellvertretender Vorsitzender der Jusos Erlangen

Rente vorgebrachten Argumente nicht tragen, weil es – selbst wenn man von der behaupteten Entwicklung in ihrem vollen Umfang ausgeht – letztendlich keine Rolle spielt, ob die Rente auf Kapitaldeckung oder auf Umlagefinanzierung beruht, da immer X-Erwerbstätige für Y-Renter aufkommen müssen. Problematisch ist bei der Kapitaldeckung außerdem, dass die Versicherten nicht nur zusätzlich für die Gewinne der Versicherungen aufkommen müssen, sondern auch mit einem nicht unerheblichen Konsumausfall zu rechnen ist, durch den die in Deutschland bereits sehr niedrige Binnennachfrage weiter geschwächt wird.

Literaturhinweise:

- Heinz-J. Bontrup, Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft. 4., verbesserte und erweiterte Auflage. Köln 2011.
- Gerd Bosbach: Die instrumentalisierte Zukunftsangst: Gesetzliche oder private Rentenversicherung, wer hat den Nutzen? http://www.tele-akademie.de/begleit/video_ta120401.php.
- Mythos Demographie (Wirtschaftspolitik ver.di). Berlin 2003. http://wipo.verdi.de/broschueren/mythos_demografie.

■ Distrikt Anger/Bruck

Vorsitzender:

Munib Agha

munib_agma@hotmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere nächste Sitzung findet statt am

Donnerstag, 30. Mai um 20 Uhr beim Angerwirt in der Guhmannstraße 10

Die Tagesordnung wird noch rechtzeitig
bekannt gegeben

Solidarische Grüße
Munib

Protokoll Jahreshauptver- sammlung am 29. Februar

Es wird der verstorbenen langjährigen
Genossin Martha Hartner gedacht.

Der noch amtierende Distriktvorsitzende Gerd Worm gibt einen kurzen Abriß der Tätigkeiten des Distriktes im abgelaufenen Jahr 2011, die Kassiererin liefert den Kassenbericht, die Revisoren bestätigen die Ordnungsmäßigkeit der Kassenführung. Auf entsprechenden Antrag wird der gesamte Vorstand ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen ent-

lastet. Seinen Rücktritt als Vorsitzender des Distriktes gibt danach Gerd Worm mit ausführlicher Begründung bekannt. Die Anwesenden danken ihm für das in hohem Maß eingebrachte Engagement und die geleistete Arbeit.

Zum neuen Distriktvorsitzenden wird anschließend Munib Agha einstimmig gewählt, zum Revisor (bisher Munib Agha) Gerd Worm (einstimmig), zum Vertreter im Kreisvorstand wird einstimmig Munib Agha gewählt.

Der neue Vorsitzende wird gebeten, Termine für die Distriktsversammlungen des laufenden Jahres zu erarbeiten und in Zusammenarbeit mit der SPD-Stadtratsfraktion Vorbereitungen für eine öffentliche Veranstaltung der Reihe „Fraktion vor Ort“ zum Themenbereich „Wohnen im Alter“ (unter ausdrücklicher Einbeziehung der Stadtteileinwohner mit Migrationshintergrund) zu treffen.

Es wird zur Kenntnis gegeben, dass im Jahr 2012 kein „Anger-Fest“ stattfinden wird, als erster Gesprächstermin mit anderen Teilnehmern zur Vorbereitung des Anger-Festes 2013 wird der 24. September 2012 mitgeteilt.

Klaus Mattischeck



Rebecca Friedrich
Serviceberaterin in der
Geschäftsstelle Möhrendorfer Straße

direkt GIRO

Das kostenlose* 0,-nlinebanking-Konto für Privatkunden mit persönlicher Beratung und Service.



 **Sparkasse
Erlangen**

Sicher. Stabil. Verlässlich.

*Das „direkt GIRO“ ist das kostenlose Online-Girokonto der Sparkasse Erlangen nur für Privatkunden: kein Grundpreis, kein Durchschnittsguthaben, kein Mindesteingang, keine Buchungspostenentgelte. Kostenlos in Deutschland Geld abheben an über 25.000 Geldautomaten der Sparkassenorganisation. Sämtliche Arbeiten zur Kontoumstellung erledigen wir gerne für Sie. Fragen Sie jetzt unsere Berater nach dem „direkt GIRO“ und unserem Finanzcheck. Weitere Informationen auch per Telefon: 09131 824-500 (Mo. - Fr. jeweils von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr) oder unter www.sparkasse-erlangen.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

Dienstag, 15. Mai, 19 Uhr im Schützenhaus

Liebe Distriktsmitglieder,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktsversammlung am Dienstag, 15. Mai, 20 Uhr in der Sportgast- stätte des TSV Frauen- aurach

Bereits um 19 Uhr treffen sich alle, die
vor unserer Versammlung etwas essen
möchten.

Tagesordnung:

1. MzK
2. Nachbesprechung der Veranstaltung
„Fraktion vor Ort“
3. Bericht der Vorsitzenden
4. Berichte aus Stadtrat, Ortsbeirat etc.
5. Zukunft des Distrikts Frauenaaurach
6. Termine
7. Verschiedenes

Wir laden außerdem herzlich ein zu un-
serer Veranstaltung

„Fraktion vor Ort“ am Samstag, 5. Mai, 15 Uhr im Sitzungssaal des Frauenaauracher Gemeindezentrums

Liebe Genossinnen und Genossen,
hiermit laden wir Euch herzlich ein zu unserer

Distriktsversammlung am Dienstag, 22. Mai um 20 Uhr in der Waldschän- ke (Lange Zeile 104)

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

Protokoll der letzten Sit- zung vom 17. April:

Top 1 MzK
Es gibt keine Mitteilungen.

Top 2 Jahreshauptversammlung

- 9 Anwesende.
- Eine Themensammlung für die Ver-
anstaltung „Fraktion vor Ort“ wurde
durchgeführt.
- Der Kassenbericht wurde erstattet.

Top 3 Fraktion vor Ort

- Termin: 05. Mai 2012 von 15 bis 17:30
Uhr im Sitzungssaal des Ortsbeirats
des Gemeindezentrums.
- Geplante Themenbereiche sind:
Neues Gewerbegebiet, Gemein-
dezentrum, Bauplatz Heinrichsdörfer
Weg, Wildes Parken am Bolzplatz,
Radweg Pappenheimer Straße, Neue
Verkehrsschilder, Kinderbetreuung,
Wohnangebote für Senioren.
- Folgende Fraktionsmitglieder werden
eingeladen: Florian Janik, Robert Tha-
ler, Felizitas Traub-Eichhorn, Gisela
Niclas, Helga Steeger, Wolfgang Vogel.
- Werbung soll mittels Postkarten oder
Flyer erfolgen, Kostenfrage wird dis-
kutiert.
- Kaffee und Kuchen sollen das Ange-
bot abrunden.

Für den Vorstand
Elizabeth Rossiter

Vorläufige Tagesordnung

TOP 1 Rückblick auf den Kleinen Lan-
desparteitag

TOP 2 Bevölkerungsstruktur und
Wahlergebnisse im Distrikt

TOP 3 Berichte aus dem Stadtteil und
dem Stadtrat

TOP 4 Sonstiges

Mit solidarischen Grüßen
Christofer Zwanzig und Birgit Hartwig

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Manfred Jelden
Telefon: 601333
manfred.jelden@nefkom.net

Distrikt Frauenaaurach

Vorsitzende:
Elizabeth Rossiter
Telefon: 992619
e.rossiter@web.de

Distrikt Ost

Vorsitzender:
Christofer Zwanzig
Telefon: 4003764
christofer@zwanzig-online.de

■ Distrikt Süd

Vorsitzende:

Brigitte Rohr

Kontakt:

Dr. Andreas Richter

andreas.m.j.richter@web.de

■ Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:

Rolf Schowalter

Telefon: 601924

rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir haben beschlossen, die Jahreshaupt-
versammlung zu verschieben. Sie findet
nun statt am

Mittwoch, 16. Mai, 20 Uhr im Röthelheim-Biergar- ten, Am Röthelheim 40

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 8. Mai, 20 Uhr in der Schlossgast- stätte

Tagesordnung:

1. Aktuelles.
2. Planung der Stadt zu Gewerbegebiete-
ten in Tennenlohe
3. Planung zur STUB
4. Planung für Ausflug
5. Bericht Marokkoreise (W.Horn)
6. Bericht Israelreise (U.Schnapper)
7. Verschiedenes

Weitere Ankündigungen:

- Distriktversammlung im Juni: 12. Juni
- Distriktversammlung im Juli: 10. Juli

Für den Vorstand

Rolf Schowalter

Protokoll der Jahreshaupt- versammlung am 10. April

1. Tennenloher Bote

Der nächste Tennenloher Bote wird
nächsten Donnerstag zusammenge-
legt und soll zum Wochenende verteilt
werden. Rolf bittet, dass sich mehr Per-
sonen an der Erstellung der Artikel be-
teiligen. Der Bote hat wieder 12 Seiten
mit Artikeln zum Bau der Mensa in der
Grundschule, zur EDEKA-Filiale und zum
Neujahresempfang des Ortsbeirats am
Fraunhofer-Institut.

2. Bürgerversammlung

Am 17. April findet nach fünfjähriger
Pause wieder eine ordentliche Bürger-
versammlung in Tennenlohe statt. Es

Die vorgeschlagene Tagesordnung
bleibt bestehen.

Wir hoffen auf zahlreiche Beteili-
gung.

Mit solidarischen Grüßen

Dr. Andreas Richter

für den Vorstand

werden verschiedenen Probleme am
Ort diskutiert und Anträge zu einzelnen
Themen vorbesprochen:

- Viele Bürgersteige haben bei Stra-
ßenkreuzungen und Fußgängeram-
peln keine Absenkung und sind für
Kinderwägen, Rollstühle und Gehhil-
fen eine Gefahr.
- Die Weinstraße wird zunehmend
durch Verkehr belastet. Weitere
Zunahme ist durch die geplante
Ortsumgehung Eltersdorf zu be-
fürchten. Der Fahrrad- und Fußgän-
gerübergang Franzosenweg – Wein-
straße muss mit einer Bedarfsampel
gesichert und das Tempolimit von 50
km/h darf nicht angetastet werden.
- Die Täublingsstraße wird zuneh-
mend als Schleichweg ins Gewerbe-
gebiet missbraucht. Antrag für eine
Verkehrszählung und Umwandlung
der Straße in eine Spielstraße wird
diskutiert.
- Die Gasversorgung in Tennenlohe ist
lückenhaft. Information zum wei-
teren Ausbau sollen eingeholt wer-
den.
- Renovierung des öffentlichen Platzes
vor dem Golden Schwan. Der Distrikt
plant einen Antrag, in dem die ak-
tuellen Planungen der Stadt offen-
gelegt werden sollen und bietet an,
eine Bürgeraktion zur Renovierung
zu initiieren.
- Für die Kerwaburschen soll der jähr-
liche Zuschuss angehoben und die
städtische Plakatierungsordnung so
abgeändert werden, dass in den ein-
zelnen Ortsteilen von den Kerwabur-
schen für die jeweilige Kerwa plaka-
tiert werden darf.

3. Verschiedenes

Der Distrikt gratuliert unserem Betreu-
ungsstadtrat Robert Thaler zum Bun-
desverdienstkreuz.

Hans Hauer

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir möchten Euch herzlich zu unserem
Maitreffen einladen.

Wir treffen uns am

Dienstag, 15. Mai um 20 Uhr im Gasthof „Zur Einkehr“ (Güthlein)

Folgende **Tagesordnung** ist vorgesehen:

1. Im Mittelpunkt steht eine Diskussion mit dem Geschäftsführer der Gewobau, Gernot Kuchler, über deren

Selbstverständnis und Planungen.
Herr Kuchler wird auch in das Thema
einführen.

2. Zur Rolle des Ortsbeirats Kosbach,
Häusling und Steudach: Lust und
Frustr.
3. Berichte aus Fraktion, Kreisvorstand
und Ortsbeirat
4. Verschiedenes

Gern würden wir Euch zahlreich begrü-
ßen!

Im Auftrag des Vorstands
Gerd Peters

■ **Distrikt West**

Vorsitzender:

Gerd Peters

Telefon: 44366

gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Mitgliederversammlung am Mittwoch, 16. Mai, 15 Uhr im August-Bebel- Haus

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Genehmigung der
Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls
3. Aktuelles
4. Droht uns Altersarmut?
5. Verschiedenes

Hauptthema unseres nächsten Treffens
ist die drohende Altersarmut. Armut
im Rentenalter wird es nach Schätzung
des Sozialverbands Deutschland für jeden
dritten Arbeitnehmer geben. Nach
den Rentenreformen der vergangenen
Jahre werde es Geringverdienern auch
mit 45 Jahren Beitragszahlungen nicht
möglich sein, eine armutsvermeidende
Rente zu erzielen. Das seien 35 Prozent
der sozialversicherungspflichtigen
Vollzeitbeschäftigten. Was muss ge-
tan werden, um Altersarmut zu ver-
meiden?

Ich freue mich auf eine lebhaftige Dis-
kussion und grüße im Namen des Vor-
stands.

Hartmut Wiechert

Protokoll der Mitglieder- versammlung am 21. März

Top 1 Begrüßung

In Vertretung des 1. Vorsitzenden Hart-
mut Wiechert begrüßte Helmut Aichele
die Anwesenden.

Top 2 Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll der letzten Sitzung vom
15. Februar 2012 wurde genehmigt.

Top 3 Aktuelles

Es wurde festgestellt, dass die Mittel
beim Besuch der Jenaer Genossen sach-
gemäß verwandt wurden in Abspra-
che mit dem gesamten Vorstand von
60plus.

Helmut berichtet aus der Kreisvor-
standssitzung und aus der Kreismit-
gliederversammlung. Dort wurden
verschiedene Themen angesprochen,
die die AsF und 60plus betreffen. Es
wurde angeregt, mit der AsF bei einem
gemeinsamen Treffen zu diskutieren.
Helmut weist ausdrücklich auf ein Tref-
fen am 23. Juni 2012 in Fürth hin: „Das
Generationenforum, Lebenswelten von
Jung und Alt“. Es ist eine Veranstaltung
von Jusos und AG 60plus vom Unterbe-
zirk Fürth.

Dem Protestbrief des Seniorenbei-
rats zur Schließung der Tagesklinik am
Europakanal werden wir uns anschlie-
ßen. Armin wird die Sache in die Hand
nehmen.

■ **AG 60plus**

Vorsitzender:

Hartmut Wiechert

Telefon: 991232

hartmut.wiechert@gmx.de

Top 4 Impulsreferat von Armin Braun zu Gesundheitsprogrammen

Das Impulsreferat von Armin brachte eine vergleichende Stellungnahme der verschiedenen Parteien zu den gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen. Wer sich für die überaus ausführlichen Recherchen interessiert, kann sich sicher über Armin Braun, abra3@gmx.de, informieren. Wir sind jedenfalls zu der Erkenntnis gekommen, dass eine einheitliche, steuerfinanzierte Bürgerversicherung das Beste wäre.

Top 5 Verschiedenes

Wie schon im Protokoll vom Januar angekündigt, möchten wir noch mal auf die Demenztage aufmerksam machen. Sie bieten eine Menge an Informationen für pflegende Angehörige, sowie auch zur Früherkennung einer Demenz: 20. April ab 10 Uhr im Rathaus und am 21. April fahrt ein kostenloser Bus vom Rathausvorplatz (Start: 10.00 Uhr und 14.00 Uhr) zu vier Erlanger Seniorenheimen. Jede Tour dauert ungefähr drei Stunden.

Ruth Sych

■ **AsF**

Sprecherinnen:

- Saskia Coerlin
scoerlin@hotmail.com
- Gunda Gerstenmeyer
- Hildegard Gröger
Telefon: 502415
- Birgit Hartwig
Telefon: 55939
Birgit.Hartwig@web.de
- Jule Mildenberger
Telefon: 23435
- Barbara Pfister
Telefon: 502481
barbara.pfister@fen-net.de

Liebe Genossinnen,
wir laden herzlich ein zu einer gemeinsamen Diskussion mit den Jusos

am Mittwoch, 2. Mai, 20 Uhr im August-Bebel- Haus, Sitzungsraum im Keller

zum Thema

Politik für Schwule und Lesben

Wir wollen uns mit der Situation von Schwulen und Lesben und politischen Forderungen in diesem Politikbereich auseinandersetzen und dabei insbesondere die Positionen ihrer Organisationen einbeziehen. Wir freuen uns auf eure Beteiligung und Diskussionsbeiträge.

Für den AsF-Vorstand
Barbara Pfister

Protokoll der Jahreshaupt- versammlung am 18. April

1. Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht; Diskussion

Dank an Elli Pöschl, die den Tätigkeitsbericht zusammengestellt hat!

Die große Belastung der aktiven AsF-Frauen lässt nur begrenzte Aktivitäten zu. Vorrangiges Ziel ist es deshalb, die AsF-Strukturen arbeitsfähig zu halten. Erfreulich ist die gute Zusammenarbeit

mit den Jusos (mindestens einmal pro Jahr eine gemeinsame Veranstaltung).

Aus unserer Diskussion über die Situation lesbischer Frauen entwickelten die Stadträtinnen zwei Anträge (betreffend Erziehungsberatungsstelle und Diversity-Management).

Das vom AsF-Landesvorstand entwickelte und von der BayernSPD unterstützte Mentoring-Programm SoFIA wird von unseren Stadträtinnen unterstützt. Ziel ist u.a. die Gewinnung von Kandidatinnen für die Kommunalwahl.

2. Entlastung des Vorstands

Der Vorstand wird einstimmig entlastet.

3. Neuwahl des Vorstands

- a) Festlegung der Anzahl der Vorstandsmitglieder: 6 (einstimmig)
- b) Wahl des Vorstands: Abgegeben: 9 Stimmzettel, alle gültig. Gewählt mit jeweils 9 Stimmen:
 - Saskia Coerlin
 - Gunda Gerstenmeyer
 - Hildegard Gröger
 - Birgit Hartwig
 - Julie Mildenberger
 - Barbara Pfister

4. Personalvorschläge

- a) 2 Vertreterinnen im KV (stimmberechtigt): Saskia Coerlin, Gunda Gerstenmeyer (einstimmig)
- b) 1 Vertreterin im GKV (nicht stimmberechtigt): Hildegard Gröger (einst.)

5. Weitere Aufgabenverteilung

Frauengruppentreffen: Gunda Gerstenmeyer
Archiv: Elli Pöschl

6. Arbeitsplanung für 2012

Sammlung von Stichpunkten:

- Lesben/Schwule
- Arbeitssituation von Frauen in der IT-Branche (Film)
- kommunalpolitische Programmdebatte (evtl. Brunch mit Expertinnen)
- Prostitutionsgesetz (evtl. Veranstaltung)
- Aussteigerinnen aus der rechten Szene (Film? Referentin?)
- Frauenpolitik in Bayern
- AsF-Sommerfest

7. Termine

diverse Mitteilungen

8. Sonstiges

- Rückblick auf den letzten und Ausblick auf den nächsten Frauentag zum 8. März (Dank an Gisela Niclas für ihr großes Engagement!).
- Bericht von der AsF-Landeskonferenz: vertagt

Hildegard Gröger

Liebe Genossinnen und Genossen, unsere kommenden Sitzungen finden statt am

- **Montag, den 14. Mai**
- **Montag, den 11. Juni**

jeweils um **20:15 Uhr** im **August-Bebel-Haus**.

Am **Dienstag den 29. Mai** gehen wir gemeinsam auf den Berg. Genaueres wird noch über den Verteiler bekannt gegeben.

Rote Grüße
Munib

■ Jusos

Vorsitzender:

Munib Agha
munib_agma@hotmail.com

Wandertipp: Romantischer Rundweg um Muggendorf

Für alle, die gerne wandern gehen, möchte ich einen Rundweg vorstellen bei dem es einige Sehenswürdigkeiten und die wunderschöne Landschaft der fränkischen Schweiz zu entdecken gibt.

Die Strecke beträgt ca. 14,5 km, die reine Laufzeit beträgt ca. 3,5-4 Stunden. Du brauchst festes Schuhwerk, da stellenweise Trittsicherheit gefordert ist. Der Weg ist durchgehend sehr gut beschildert, als zusätzliche Wanderkarte empfiehlt sich z.B. Fritsch Wanderkarte Nr. 148 – Nordöstliche Fränkische Schweiz.

Der Startpunkt der Wanderung befindet sich in Muggendorf, welches mit dem Auto sehr gut (direkt an der B470 gelegen), aber auch mit dem ÖPNV (von Erlangen mit der S-Bahn mit Umstieg in Forchheim nach Ebermannstadt, dann mit dem Bus nach Muggendorf weiterfahren, Dauer ca. eine Stunde) zu erreichen ist. Du gehst rechts am Minigolfplatz vorbei leicht aufwärts ins Ortsinnere, bis Du den großen Wegweiser erreichst. Ab hier folgst Du immer dem gelben Ring. Es geht eine Weile bergauf und Du verlässt Muggendorf in Richtung Albertshof über Feld- und dann asphaltierte Wege.

In Albertshof biegest Du der Markierung folgend am Dorfbrunnen rechts

ab. Zunächst bleibt der Weg noch eine Weile asphaltiert, bald geht es aber an Feldern vorbei in den Wald und Du kannst die ersten schönen Felsformationen bewundern. Bald darauf erreichst Du als nächste Etappe die Kuchenmühle (www.kuchen-muehle.de), welche sehr idyllisch an der Aufseß liegt. Hier gibt es einen Biergarten mit Kaffee und Kuchen und durchgehend warmer Küche sowie Spielmöglichkeiten für Kinder.

Weiter geht es auf einem gemütlichen Waldweg entlang der Aufseß bis nach Doos. Auch hier gibt es eine Einkehrmöglichkeit (Kaffee und Kuchen) und am Weg Kräuterkundegärten und interessante optische Phänomene.

Du überquerst die Staatsstraße und folgst weiter dem gelben Ring über die Wiesent. Der Weg wird jetzt schmaler und führt oberhalb der Wiesent sehr schön gelegen durch ein Waldstück am Hang entlang. Nach einer Weile geht es wieder nach rechts über die Wiesent und du gehst ein kleines Stück die Straße entlang, bis Du den Aufstieg zur Versturzhöhle Riesenburg erreichst. Hier geht es über Stufen steil nach oben, durch die beeindruckenden Gewölbe, bis Du den atemberaubenden Blick von ganz oben genießen kannst.

■ Von Birgit Brod

Weiter geht es erst durch den Wald, dann über Feldwege bis zum Örtchen Engelhardsberg, danach der Markierung folgend wieder über Feldwege und in den Wald hinein zum Adlerstein. Diesen Felsen kannst Du besteigen, er bietet einen tollen Rundblick über die nördliche Fränkische Schweiz.

Der Weg führt weiter durch den märchenhaften Wald bis zum sagenumwobenen Quackenschloss, einem Fragment eines eingestürzten Höhlensystems. Dort kannst Du auf die mystischen Felsen und in die Höhle klettern und die Aussicht genießen. Danach geht es schon wieder zurück Richtung Muggendorf. Vor Muggendorf bietet sich die Möglichkeit, einen Abstieg für Geübte oder den bequemen Weg zu nehmen. Der Abstieg führt durch eine bizarre Schlucht, an deren Seiten teilweise Stahlseile zum Festhalten angebracht sind.

Schließlich folgst Du dem gelben Ring bis zum Ausgangspunkt der Wanderung.

KLAR TEXT



Liebe Leserinnen und Leser, das Jahr 2012 wird auch in Mittelfranken von den Vorbereitungen für die Bezirkstags-, Landtags- und Bundestagswahlen bestimmt sein. Es gilt, sich nicht nur personell, sondern auch inhaltlich entsprechend vorzubereiten.

Mit Christian Ude haben wir einen designierten Spitzenkandidaten, mit dem wir voller Zuversicht in die Landtagswahlen 2013 gehen und einen echten Politikwechsel schaffen können.

Starke Wirtschaft. Gute Arbeit. Solide Finanzen

Auf dem Kleinen Landesparteitag in Bamberg hat sich die BayernSPD klar für eine Wachstumsstrategie zur Sicherung des wirtschaftlichen Erfolgs in Bayern ausgesprochen, auf Basis von Investitionen und „Guter Arbeit“. Außerdem hat sie aufgezeigt, wie mit einer Verbesserung der Staatseinnahmen Investitionen gesichert und die Schulden von Staat und Kommunen abgebaut werden können.

Der Richtige zur richtigen Zeit

Mit großer Zustimmung wurde der von rot-grün vorgeschlagene Kandidat Joachim Gauck zum Bundespräsidenten gewählt. Ich bin sicher, dass es ihm gelingen wird, das Ansehen des Präsidentenamtes wieder herzustellen und die Kluft zwischen Bevölkerung und Politik zu schließen – angesichts einer Wahlbeteiligung von 37 Prozent bei den jüngsten Kommunalwahlen in Mittelfranken mehr als erforderlich!

Ein Wechsel ist möglich

Nutzen wir die Chance! Nehmen wir die Menschen mit! Die BayernSPD ist im Aufwind!

Ihre/Eure

Christa Naaß, MdL
Vorsitzende der MittelfrankenSPD

Regierungsübernahme in greifbarer Nähe Jahresklausur der SPD Mittelfranken

(os) Ganz im Zeichen der Vorbereitungen der Landtags- und Bundestagswahlen im kommenden Jahr stand die Jahresklausur des SPD-Bezirksvorstands. Bezirksvorsitzende

Christa Naaß ließ dabei keine Zweifel an einem Wahlerfolg der SPD in Bayern aufkommen. Sie betonte die einmalige Chance auf einen Regierungswechsel in Bayern nach 55-jähriger CSU-Vorherrschaft.

Rainer Glaab von der BayernSPD stellte eine steigende Nervosität der CSU fest. Spätestens seit dem politischen Aschermittwoch in Vilshofen mit über 3.500 Gästen gehe in der Union die Angst vor einem Machtverlust um. Die SPD sei auf Augenhöhe mit der CSU angekommen, mit Christian Ude an der Spitze rücke eine Regierungsübernahme in greifbare Nähe. Glaab warnte jedoch vor zu großer Siegesgewissheit, auf die SPD komme eine lange Wahlauseinandersetzung zu.

Inhaltlich wird die kommenden Jahre die Energiewende ein herausragendes Thema sein. Mit den Energieexperten Dr. Klaus Köppel und Dr. Gerhard Brunner



diskutierte der Bezirksvorstand über die Möglichkeiten Mittelfrankens bei der Energiewende. Dr. Köppel betonte die Notwendigkeit eines Dreiklangs aus Energiesparen, Erhö-

hung der Energieeffizienz sowie Ausbau erneuerbarer Energien. Er legte einen Maßnahmenkatalog für Mittelfranken vor, der unter anderem den Ausbau der Windkraft, die solarenergetische Nutzung von Gebäuden und bereits versiegelten Flächen sowie Gebäudesanierung vorsieht. Dr. Brunner ging auf konkrete Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung wie Bürgersolaranlagen ein. Die Ergebnisse der Diskussion sollen in einem Leitantrag zum Bezirksparteitag zusammengefasst werden.

Den Abschluss der Klausur bildete die Vorstellung der beschlossenen Parteiform durch Jonas Merzbacher, Bürgermeister von Gundelsheim. Die Stärkung der Mitgliederrechte, ein besseres Serviceangebot für Mitglieder und eine verstärkte Ansprache neuer Zielgruppen bilden den Auftakt eines Veränderungsprozesses zur Modernisierung der Partei.

Kleine Kommunalwahlen: Erfolge für die SPD

(pd/mb) Auch in Mittelfranken wurde bei den sogenannten „kleine Kommunalwahlen“ Mitte März gewählt. Dabei wurde Thomas Zwingel mit gut 57 Prozent der Stimmen in seinem Amt als Bürgermeister in Zirndorf bestätigt. Damit bleibt es dabei: In Zirndorfs Rathaus geben seit mehr als 60 Jahren SPD-Bürgermeister den Ton an! Für die mittelfränkische SPD gratulierte Michael Bischoff: „Dein Erfolg ist das Ergebnis Deiner enormen Bürgernähe und Deiner sachlichen Arbeit. Es freut uns alle sehr, dass diese kontinuierliche Leistung von der Bürgerschaft mehr gewürdigt worden ist als bunte Slogans und leere Versprechen.“

Bei der Landratswahl im Landkreis Ansbach gelang es Kurt Unger zwar nicht, den CSU-Bewerber zu schlagen. Das Ergebnis von knapp 40 Prozent in der Stichwahl war aber ein Achtungserfolg in dem traditionell eher „schwarzen“ Landkreis. Ihm



Kurt Unger (Mitte) am Wahlabend u.a. mit der SPD-Bezirksvorsitzenden Christa Naaß

gratulierte am Wahlabend unter anderem die SPD-Bezirksvorsitzende Christa Naaß.

Ebenfalls einen Achtungserfolg erzielte Matthias Götz bei der Bürgermeisterwahl in Baidersdorf. Er erreichte 41,5 Prozent, der amtierenden Bürgermeister Lorenz Galster (CSU) verlor fast zehn Prozentpunkte gegenüber der letzten Wahl.

Marlene Rupprecht zum Equal-pay-day

(mr) Am 23. März 2012 hatten in Deutschland Frauen das Jahreseinkommen erzielt, das Männer bereits zum 31. Dezember verdient hatten. Um auf diese Lücke aufmerksam zu machen, findet seit vielen Jahren der Equal-Pay-Day statt.



Die Bundestagsabgeordnete Marlene Rupprecht wies anlässlich des Tages darauf hin, dass sich Deutschland bereits 1997 international zur Entgeltgleichheit verpflichtet hat. „Außerdem müssen 23 Prozent der Beschäftigten in Deutschland für Niedriglöhne arbeiten, der Großteil davon Frauen. Die Bundesregierung sieht tatenlos zu.“

„Nur eine Regulierung des Arbeitsmarktes kann diese Ungerechtigkeit beenden“, so Rupprecht: „Im Zentrum steht unsere Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro.“ Zudem arbeitet die SPD-Bundestagsfraktion an einem Gesetz zur Durchsetzung der Entgeltgleichheit.

Europa muss für Grundrechte stehen

(kw) Auch 101 Jahre nach dem ersten Internationalen Frauentag ist immer noch nicht erreicht, was beispielsweise im Vertrag von Lissabon als Grundrecht verankert ist: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.



Ein wichtiger Baustein, den die AsF und SPD seit langem fordern, ist die verbindliche Quote für mehr Frauen in Führungspositionen. Letztes Jahr hat die Vizekommissionschefin Viviane Reding die Unternehmen in der EU aufgefordert, freiwillig ihren Anteil in den Chefetagen zu erhöhen – nicht auf gerechte 50, sondern auf 40 Prozent. Die Rückmeldung: Gerade einmal 24 Unternehmen haben freiwillig diese Selbstverpflichtung unterschrieben.

Auch Kerstin Westphal hat wie viele Menschen gehofft, dass dieses Jahr im Frauenmonat März eine verpflichtende Regelung kommt. Aber leider ist das Ergebnis auf europäischer Ebene lediglich eine Befragung. Zum x-ten Mal werden Daten gesammelt, um festzustellen, dass nur ein Gesetz zur Frauenquote hilft, wie es in Frankreich nach norwegischem Vorbild eingeführt worden ist.

Kerstin Westphal reicht das nicht! Sie will eine verbindliche Quote. Das Aufschieben auf die lange Bank sei schlimm genug, verheerend wäre eine „Lösung“ nach deutschem Vorbild. Denn nach zehn Jahren nutzlosem Abwarten wisse man, dass die sogenannte „Flexiquote“ auch keinen Erfolg bringen werde.

Westphal setzt sich gemeinsam mit ihrer Fraktion für eine schnelle, verbindliche Quote ein. Nicht nur weil sie gerecht ist und die Verträge auch keine andere Lösung vorgeben. Sie ist auch davon überzeugt, dass sie insgesamt die Einstiegs- und Aufstiegschancen von Frauen deutlich erhöhen wird.

Besorgniserregende Verkehrsstatistik in Bayern

Verkehrspolitischer Sprecher Beyer: Neues Konzept für mehr Verkehrssicherheit ist dringend notwendig

(tb) Der verkehrspolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Dr. Thomas Beyer, fordert angesichts der besorgniserregenden Verkehrsstatistik Ursachenforschung und Problemlösungen von der Staatsregierung. „Wie Minister Herrmann darlegt, gab es im Jahr 2011 mit 750 Opfern 53 Verkehrstote mehr in Bayern als im Vorjahr“, so Beyer. „Diese bedauerliche Entwicklung gebietet eine intensive Suche nach den Gründen.“



Beyer fordert die Staatsregierung auf, spätestens im zweiten Quartal 2012 einen Bericht im Landtag vorzulegen, in dem die Gründe für die Entwicklung bei den Unfällen auf Bayerns Straßen dargelegt sind. „Es ist wichtig, Ansatzpunkte für die Verbesserung der Situation aufzuzeigen und die Grundzüge eines neuen Konzeptes für Verkehrssicherheit zu präsentieren“, so Beyer. „Es kann nicht sein, dass sich die Menschen in Bayern nicht mehr auf Sicherheit auf ihren Straßen verlassen können.“

Job-Ticket auf gutem Weg

(sts) Zuversichtlich ist der Nürnberger Abgeordnete und stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes im Bayerischen Landtag, Stefan Schuster, dass durch eine Gesetzesänderung das sogenannte „Jobticket“ der Stadt Nürnberg ermöglicht wird. Das Modellprojekt, bei dem die Stadt ihren Beamten

aus ökologischen Gründen einen Zuschuss zu Zeitkarten des VGN gewährte, war nach einem Einspruch des Kommunalen Prüfungsverbands im vergangenen Oktober eingestellt worden, da es dafür keine besoldungsrechtliche Grundlage gab. „Auf Betreiben der SPD-Landtagsfraktion hat der Ausschuss ÖD eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe gebildet, in der unsere Vorschläge weitgehend übernommen werden“, so Schuster. „Der von uns vorgeschlagene Gesetzentwurf soll Rechtssicherheit geben, damit nicht nur Nürnberg, sondern auch andere Kommunen Zuschüsse für die Fahrt zwischen Wohnung und Dienststätte gewähren können.“



SPD setzt sich für Mitarbeiter bei Schlecker ein

(anw) Die Insolvenz der Drogeriekette Schlecker ist für die Mitarbeiterinnen eine Katastrophe. Sie haben die Läden unter schwersten Arbeitsbedingungen aufrechterhalten. Die SPD-Landtagsfraktion hat den Ministerpräsidenten in einem Dringlichkeitsantrag aufgefordert, sich für eine Transfergesellschaft einzusetzen, die die von Arbeitslosigkeit bedrohten Frauen und Männer vermitteln und qualifizieren soll – leider vergeblich.

Darüber hinaus unterstützt die Fraktion die Forderung der Beschäftigten nach angemessenen Löhnen und nach einem tragfähigen Finanzkonzept für die verbleibenden Filialen. Denn die Filialschließungen bedeuten nicht nur den Verlust von Arbeitsplätzen, sondern auch das Aus für die oft einzige Einkaufsmöglichkeit auf dem Land. Das trifft insbesondere Menschen, die nicht mehr uneingeschränkt mobil sind.



Die SPD-Landtagsabgeordnete Angelika Weikert (rechts) und MdB Günter Gloser (2. von links) mit dem evangelischen Sozialsekretär Norbert Feulner und den Schlecker-Betriebsrätinnen Inge Häberl und Manuela Fuchs

BayernSPD ehrt Fritz Körber mit Georg-von-Vollmar-Medaille Garant für soziale Gerechtigkeit und Botschafter für Freundschaft und Völkerverständigung

(gn) „Total überrascht“ war Fritz Körber nach eigenem Bekunden, als ihm Mitte März die Georg-von-Vollmar-Medaille verliehen wurde. Thomas Beyer, „sein“ Landtagsabgeordneter und Freund, hielt ihm die Laudatio: „Du hast im wahrsten Sinn



Fritz Körber (rechts) und Laudator Dr. Thomas Beyer (Foto: Helga Manderscheid)

des Wortes die Ziele der Sozialdemokratie verwirklicht und maßgeblich zum Aufbau der BayernSPD beigetragen.“

Fritz Körber wechselte nach seiner Ausbildung in der freien Wirtschaft als Verwaltungsangestellter zum Sozialamt Nürnberg, wo er fast ein ganzes Berufsleben nicht nur mit großer Sachkompetenz tätig war, sondern auch mit dem steten Willen, die Sozialgesetze zum Wohl der Menschen anzuwenden. Das Qualitätsmerkmal „soziale Gerechtigkeit“ kennzeichnet sein bis heute andauerndes Engagement in der AWO ebenso wie in seiner langjährigen Tätigkeit als Gemeinderat in Behringersdorf und Schwaig. Es führte ihn schließlich

ab dem Jahr 2000 als Bürgermeister an die Spitze der Kommunalpolitik in Schwaig.

Seit 1982 entfaltet er im mittelfränkischen Bezirkstag in vielen Funktionen seine Leidenschaft für die Politik. Er war Vizepräsident des Bezirks Mittelfranken, Schatzmeister und Vertreter des Verbandspräsidenten. Er ist Fraktionsvorsitzender und Beauftragter des Bezirks Mittelfranken für Partnerschaft und Völkerverständigung, letzteres eine Aufgabe, die ihm quasi auf den Leib geschneidert ist.

Frieden schaffen zwischen den Völkern ist für Körber, der am 1. September 1939, dem Beginn des 2. Weltkriegs geboren wurde, eine ständige und selbstverständliche Aufgabe. Seine frühen Kindheitserinnerungen an das brennende Nürnberg, an die Schrecken des Krieges motivieren ihn bis heute. Er pflegt Beziehungen von Charkow in der Ukraine, wo er über die AWO vielfältige humanitäre Hilfe leistet, über Pommern bis nach Limoges, dem Zentrum der Partnerregion Limousin in Frankreich. Kein Wunder, dass er auch François Hollande, Präsident des Departements Corréze im Limousin und Kandidat der Parti Socialiste für das Amt des französischen Staatspräsidenten, zu seinen Freunden zählt. Für seine friedensstiftende Arbeit wurde er Ende 2011 in Polen hoch geehrt.

Die Verleihung der Georg-von-Vollmar-Medaille stellt für Fritz Körber einen Höhepunkt seiner Arbeit in der SPD dar: „Ich bin einfach glücklich, Mitglied dieser Partei zu sein.“ Die SPD Mittelfranken und die SPD-Bezirkstagsfraktion gratulieren herzlich.

Wechsel in der Bezirksgeschäftsstelle

(os) Nach Jahrzehnten als Bezirksgeschäftsführer der MittelfrankenSPD wird Hans Makilla mit Ablauf des Monats April in den wohlverdienten Ruhestand gehen.



Sein Nachfolger ist der ehemalige DGB-Sekretär Olaf Schreglmann (37).

Mit jedem Wechsel sei eine Chance der Veränderungen und der neuen Wege verbunden. Diese wolle Schreglmann auch

beschreiten und sieht in dem Verlangen der Bürgerinnen und Bürgern nach mehr Beteiligungsmöglichkeiten und Transparenz in der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung einen entscheidenden Ansatzpunkt.

„Ein besonderes Anliegen und eine Daueraufgabe ist die Förderung attraktiver Parteistrukturen als Beteiligungsangebot an alle. Gerade den Ortsvereinen kommt dabei eine hohe Bedeutung zu. Sie sind die ‚Kümmerer‘ in den Orten. Die Menschen müssen in jedem Winkel von Mittelfranken erleben, dass wir ihre Ansprechpartner sind. Und wir müssen unsere Politik mit allen Möglichkeiten kommunizieren. Dabei spielen neue soziale Medien wie Facebook, Twitter und Co. eine ebenso große Rolle wie herkömmliche Kommunikationswege. Vom Bürgerstammtisch bis zum Internet-Blog ist alles erlaubt, was Transparenz ermöglicht“, so Schreglmann.

Europa geht uns alle an!

(ssc) Für ein sozial gerechtes und demokratisches Europa will sich der Arbeitskreis Europa einsetzen. Nachfolgerin von Angelika Roth als AK-Leiterin ist seit November 2011 Stephanie Schäfer aus Nürnberg.

Der Arbeitskreis diskutiert nicht nur wesentliche Fragen der aktuellen Wirtschaftspolitik im Zusammenhang mit der



Stephanie Schäfer (rechts neben der Stelle) und Angelika Roth (links daneben) mit weiteren Mitgliedern des AK Europa

Eurokrise, sondern entwickelt auch Visionen, wie Europa sozialer und demokratischer werden kann.

Außerdem spielt das Thema „EU vor Ort“ eine große Rolle. Deshalb will der AK Ämter und Unternehmen besuchen, um mit den Menschen in Mittelfranken über europäische Themen und die Bedeutung der Metropolregion zu sprechen.

Wer sich für Fragen rund um das Thema „Europa“ interessiert (wie z.B. Finanzkrise, Wirtschaftsförderung vor Ort, Flüchtlingspolitik, Menschenrechte oder mehr Demokratie für Europa), ist herzlich eingeladen, beim AK vorbeizuschauen und mitzumachen. Die Termine gibt es unter europa.spd-mittelfranken.de. Oder einfach in der Bezirksgeschäftsstelle oder bei Stephanie Schäfer (stephanie.schaefer77@gmx.de) melden.

Mehr Gesundheit wagen Workshopangebote für Kandidaten für die Landtags- und Bundestagswahlen

(pv) Für Kandidaten, die bei den Landtags- und Bundestagswahlen 2013 antreten, insbesondere für Neukandidaten, bietet die Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen (ASG) Mittelfranken themenspezifische Workshops zu Gesundheitspolitischen Fragen an. Themenwünsche und Terminvorschläge an die ASG Mittelfranken: p.vath@awo-roth-schwabach.de.



Weniger – Älter – Bunter

Miteinander der Generationen im demographischen Wandel

(gg) Wir werden weniger: Laut Statistischem Bundesamt ist von einem Bevölkerungsrückgang von derzeit 80,8 auf 74 Millionen im Jahr 2050 auszugehen. Wir werden älter: Mit einem Altersdurchschnitt von 44,3 Jahren gilt Deutschland schon heute als „Altenheim der EU“, ein Fünftel der Bevölkerung ist über 65. Bis 2060 wird dieser Anteil auf ein Drittel steigen, das Durchschnittsalter auf 50, so Eurostat bzw. Statistisches Bundesamt. Und wir werden bunter: Nicht nur hinsichtlich unserer Lebensweise in traditionellen oder „Patchwork“-Familien, als Singles, kinderlose Paare mit und ohne Trauschein, in Wohngemeinschaften etc., sondern auch was Herkunft und Kultur anbelangt: Deutschland ist ein Zuwanderungsland.

Diese Entwicklung löst einerseits Ängste aus: Ob die Renten noch sicher seien, ob der Fachkräftemangel zu weniger gesellschaftlichem Wohlstand führt, ob die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme noch aufrechtzuerhalten ist und ob ein menschenwürdiges Altern noch möglich ist. Andererseits birgt der demographische Wandel wie jede Herausforderung auch Chancen: Für bessere Berufsperspektiven der jungen Genera-

tion, für mehr aktive Teilhabe Älterer am gesellschaftlichen Leben, für einen langen dritten Lebensabschnitt mit guter Lebensqualität bis ins hohe Alter, für eine neue Partnerschaftlichkeit der Geschlechter und ein neues Miteinander der Generationen.

Antworten auf diese Herausforderung blieb Schwarz-Gelb bisher schuldig. Schwarz-Gelb ist ein Totalausfall bei der Gestaltung des demographischen Wandels. Am Beispiel des Betreuungsgeldes offenbart sich die Planlosigkeit der Regierung in diesem gewichtigen Feld: Hier werden Kinder von frühkindlicher Bildung fern- und Frauen von der Rückkehr in den Beruf abgehalten.

Nun hat die Koalition ein „Vier-Punkte-Papier zur Gestaltung des demographischen Wandels“ noch für Frühjahr angekündigt.

Wir brauchen langfristig angelegte, kreative und ganzheitliche Ideen für mehr erfüllte Kinderwünsche, gutes Wohnen,

mehr Bildungschancen, den Arbeitsmarkt der Zukunft und für die Gesundheits- und Aktivitätsförderung. Es geht darum, mehr Miteinander und mehr Füreinander in Familien, zwischen den Generationen, in der Nachbarschaft, in der Region, in Deutschland und in Europa zu organisieren. Die SPD-Bundestagsfraktion hat mit einer eigenen Arbeitsgruppe unter Leitung von Franz Müntefering und Sabine Bätzing-



Franz Müntefering bei der Veranstaltung „Fraktion vor Ort“ zum demographischen Wandel im Karl-Bröger-Zentrum

Lichtenthäler einen Dialog angestoßen, um die Herausforderung gemeinsam politisch zu gestalten.

Unter zukunftsdialog.spdfraktion.de sind alle herzlich eingeladen, mitzumischen!

Demokratischer Sozialismus statt Wirtschaftsdiktatur Jusos Mittelfranken wählen neuen Vorstand

(vs) Auf ihrer Bezirkskonferenz in Schwaig haben die Jusos Mittelfranken ihren Vorsitzenden Victor Strogies (Nürnberg) mit über 90 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Zu seinen StellvertreterInnen wurden Jörg Bundle (Fürth) und Katrin Hurler (Erlangen) gewählt, den Vorstand komplettieren Anna Bub (Markt Erlbach), Max Frisch (Wendelstein), Lena Lehmann (Püscheldorf), Sven Morner (Kirchensittenbach), Nelia Miguel Müller (Nürnberg) und Sascha Wächtler (Sachsen b. Ansbach). Außerdem nominierte die Versammlung Philipp Dees (Erlangen) wieder für den Posten des Juso-Landesvorsitzenden.

Neben den Wahlen wurde auch umfangreich zu Anträgen diskutiert. Im Mittelpunkt stand dabei unter dem Motto „Demokratischer Sozialismus statt Wirtschaftsdiktatur“ die sogenannte Eurokrise. Victor Strogies wies in seinem Debattenbeitrag darauf hin, dass Bundeskanzlerin Merkel mit ihrer Politik Europa und den Menschen schade: „Das von Merkel erzwungenen Spardiktat und die Sozialkürzungen verschärfen die Krise in den soge-

nannten PIIGS-Staaten der Europäischen Union“, stellte er fest: „Anstatt Griechenlands Schulden zu garantieren und so die Krise dauerhaft zu lösen, versenkt Merkel Milliardensummen in die Rettung von Banken.“ Strogies befürchtet weitreichende Folgen dieser Politik: „Wenn wir die Politik nicht ändern, wird Europa in zwanzig Jahren so aussehen wie Südamerika heute, wenig Reiche und sehr viel Arme.“ Notwendig sei ein anderer politischer Ansatz, der vor allem die Leistungsbilanzüberschüsse in der Eurozone in den Blick nehme.

Die Jusos beschlossen auch zahlreiche Anträge. Sie wollen sich für die Einführung eines solidarischen Semestertickets einzusetzen, das auch für Auszubildende Gültigkeit hat. Die Vorratsdatenspeicherung und der sogenannte Fiskalpakt werden dagegen von den Jusos Mittelfranken entschieden abgelehnt.

Für das kommende Jahr planen die Jusos Mittelfranken wieder zahlreiche Seminare, Tagesveranstaltungen und Treffen, um ihren politischen Bildungsauftrag nachzukommen.

Nürnberger Land: Martina Baumann bleibt Vorsitzende

(hm) Neben der Ehrung von Bezirksrat Fritz Körber (siehe Seite 3) standen beim Unterbezirksparteitag der SPD im Nürnberger Land wichtige personelle Entscheidungen an. Bei der Wahl zum UB-Vorstand wurde mit überwältigender Mehrheit die bisherige Vorsitzende Martina Baumann im Amt bestätigt, Stellvertreter bleiben weiterhin Dr. Thomas Beyer und Alexander Pollmer, als Schatzmeisterin wurden Elfi Beck und als Schriftführerin Waltraud Haider bestätigt. Acht Beisitzer – Jakob Brückner, Alexander Horlamus, Alexander Körber, Stephan Krimm, Wolfgang Lahm, Irmgard Nagel, Ulrike Vetter und Gertrud Lehmann – ergänzen die Vorstandschaft.

Das anschließende Referat von Dr. Beyer zum Thema „Bayern – ein Wirtschaftswunderland?“ offenbarte in zahlreichen Ansätzen und Beispielen, weshalb der Referent in allen Bereichen des öffentlichen Lebens die Berechtigung für ein Fragezeichen hinter dem Titel sieht. Bundestagsmitglied Martin Burkert („Berlin ist ein einziges Desaster“) fügte weitere alarmierende Beispiele aus der Bundespolitik hinzu.

SPD-Bezirkstagsfraktion fordert Verbot der NPD und Exit-Aussteiger-Programm für Mittelfranken

(gn) „Auch der mittelfränkische Bezirkstag muss ein klares Signal gegen Rechts setzen und für ein Verbot der NPD eintreten“, fordert SPD-Fraktionsvorsitzender Fritz Körber.

Nachdem eine Reihe von Kommunen, z.B. die Stadt Nürnberg, gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern deutlich Position bezogen haben, gehört nach Auf-

tet uns in besonderem Maße“, stellt Körber fest und bringt zusammen mit seiner Fraktion gleich einen konkreten Vorschlag ein: In Zusammenarbeit mit EXIT-Deutschland soll für Mittelfranken ein Projekt entwickelt werden mit dem Ziel, Aussteigerinnen und Aussteigern aus der rechten Szene mit Information, Beratung und Hilfestellung zur Seite zu stehen.



Auch der Protest gegen Neonazi-Aufmärsche ist ein notwendiges Mittel im Kampf gegen Rechtsextremismus – wie hier im März in Weißenburg (Foto: Rüdiger Löster)

fassung der SPD-Bezirkstagsfraktion das Thema „Aktiv gegen Rechtsextremismus“ erneut auf die Tagesordnung des Bezirkstages.

In einem entsprechenden Antrag an den Bezirkstagspräsidenten verweisen die Sozialdemokraten auf die Mitgliedschaft des Bezirks Mittelfranken in der Bürgerbewegung für Menschenwürde und der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg. „Das verpflicht-

Bereits in der Sitzung des Bezirksausschusses Mitte März erhielt der SPD-Antrag die einmütige Unterstützung der Ausschussmitglieder. Es ist davon auszugehen, dass der Antrag in der Plenumsitzung des Bezirkstages am 29. März 2012 mit einer breiten Mehrheit, möglicherweise sogar einstimmig, beschlossen werden wird. Der komplette Antragstext ist nachzulesen auf der Homepage der SPD-Bezirkstagsfraktion, www.spdbezirkstag.de.

Cadolzburger SPD fragt online nach

Abstimmung über lokale Reizthemen

(mb) Braucht Cadolzburg einen Wochenmarkt oder hat man genug Geschäfte, Hofläden und regionale Anbieter? Diese Frage stellte der SPD-Ortsverein im Herbst letzten Jahres den Bürgern. Aber auch zur Zeit kann man über ein lokales Thema abstimmen. Unter www.spd-cadolzburg.de lautet die Frage: Soll in Cadolzburg mehr für die Windkraftnutzung getan werden?

Die Ergebnisse werden auf der Homepage und im SPD-Magazin „Brusela-Report“ veröffentlicht, das von den Genossen seit 35 Jahren dreimal im Jahr an alle rund 4.700 Haushalte in Cadolzburg verteilt wird. OV-Vorsitzender Dr. Klaus Köppel und Brusela-Redakteur Michael Bischoff wollen die Verknüpfung von Homepage und OV-Zeitung beibehalten: „Natürlich ist das so gewonnene Abstimmungsergebnis nicht repräsentativ. Aber auch ein Stimmungsbild hilft uns in der örtlichen Diskussion ja schon häufig weiter.“

SPD-Bezirkstagsfraktion fordert Drogenkonsumräume in Bayern

(gn) Gemeinsam mit den Grünen und dem Bezirksrat der Linken hat die SPD-Fraktion in einem Antrag an den mittelfränkischen Bezirkstag gefordert, von der bayerischen Staatsregierung die Einrichtung von Drogenkonsumräumen zu verlangen.

Der gemeinsamen Antragsinitiative vorausgegangen war eine außerordentlich gut besuchte „Fachtagung Sucht“ des Bezirks Mittelfranken im Oktober 2011. Sachverständige, Mediziner, Vertretungen von Suchtberatungsstellen, Betroffene u.a. hatten sich dort einmütig und nachdrücklich für eine Zulassung von sogenannten Drogenkonsumräumen in Bayern ausgesprochen. „Der Bezirk muss den Rat dieser Experten ernst nehmen und politisch umsetzen“, so Gisela Niclas, stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Nach Auffassung von ExpertInnen leisten Drogenkonsumräume einen entscheidenden Beitrag zur Überlebenshilfe und Risikominimierung beim Konsum von

Schwerfällig, untätig und beschwichtigend

Die Staatsregierung kommt beim Kampf gegen Rechtsextremismus nicht voran

(hsb) Auch vier Monate nach Bekanntwerden der neonazistischen Mordserie und der Erkenntnis, dass die Sicherheitsbehörden eklatant versagt haben, bleiben die Staatsregierung und allen voran der Innenminister ihrer Linie treu: Beschwichtigen, Verharmlosen, Herunterspielen, Informationen zurückhalten und Aktionismus vorspielen. Weder gibt es nennenswerte Fortschritte bei den Ermittlungen und möglichen Verbindungen des NSU nach Bayern, noch gibt es Fortschritte bei der Aufarbeitung der eigenen Versäumnisse. Und obwohl der Innenminister zu der Erkenntnis kommt, die rechtsextreme Szene in Bayern wohl unterschätzt zu haben, verharrt er in Untätigkeit und zeigt nicht den politischen Willen, endlich offensiv und parteiübergreifend den Kampf gegen Rechtsextremismus aufzunehmen.

Helga Schmitt-Bussinger hat den Minister aufgefordert, der erstarkten Neonaziszene entschieden und konsequent entgegenzutreten. Dazu gehört die konkrete Ansprache von Neonazis ebenso wie ein konsequenter Waffenzug. Ein Verbot neonazistischer Tarnorganisationen wie die BIA in München und Nürnberg ist überfällig, ebenso wie ein Verbot des Freien Netzes Süd.



Drogen, sie bieten eine Brückenfunktion zum Angebot von Beratung und medizinischer Versorgung als auch Einstieg zum Ausstieg aus der Sucht. Die Erfahrungen in anderen Bundesländern sind durchweg positiv und zeigen, dass Drogenkonsumräume einen wesentlichen Beitrag leisten bei der Reduzierung von Problemen durch offene Drogenszenen. Drogenkonsumräume tragen neben dem individuellen Gesundheitsschutz wesentlich dazu bei, die Ausbreitung von infektiösen Krankheiten wie Hepatitis und HIV einzuschränken.

Wie die Beratung im Sozialausschuss zeigte, wird es nicht einfach sein, die CSU zu einer Korrektur der bayerischen Drogenpolitik zu bringen. Mit Zustimmung auf Antrieb kann nicht gerechnet werden, aber auch die Christsozialen sehen „Handlungsbedarf“. Voraussichtlich wird das Thema daher in den Fachausschuss Psychiatrie und den Hauptausschuss des Verbandes der Bayerischen Bezirke eingebracht.

Walter Arnold: 60 Jahre SPD



(hsb) Seltenes Jubiläum: Anlässlich seines 77. Geburtstages konnte die Schwabacher SPD-Vorsitzende und Landtagsabgeordnete Helga Schmitt-Bussinger Walter Arnold zu 60 Jahren Mitgliedschaft in der SPD gratulieren. Arnold war 1973 einer der Mitbegründer der SPD-Sektion Eichwasen und lange Jahre deren Vorsitzender. Außerdem war er 30 Jahre lang Vorstandsmitglied der SPD Schwabach, davon 10 Jahre stellvertretender Vorsitzender. Schmitt-Bussinger, Stadtrat Martin Sauer und SPD-60plus-Vorsitzender Birger Bohle bedankten sich bei Walter Arnold für seine unermüdliche ehrenamtliche Tätigkeit für die SPD und wünschten ihm vor allem gute Gesundheit.

Bezirksparteitag am 16. Juni

Der ordentliche Bezirksparteitag der SPD Mittelfranken 2012 wird am 16. Juli in der Kulturfabrik in Roth stattfinden. Hauptrednerin wird die Generalsekretärin der BayernSPD, Natascha Kohnen sein. Außerdem wird der Bezirksvorstand neu gewählt, und natürlich ist auch ausreichend Zeit für die Antragsberatung vorgesehen. Weitere Informationen zum Parteitag folgen schriftlich an die Delegierten sowie im Internet.

Für den 24. November ist ein weiterer Bezirksparteitag der SPD Mittelfranken geplant. Im Mittelpunkt dieses Parteitages wird die Vorbereitung der Bundestagswahl 2013 stehen, vor allem mit der Reihung der mittelfränkischen Kandidatinnen und Kandidaten im Vorfeld der Landesvertreterversammlung am 8. Dezember.

Impressum

Der Mittelfrankenvorwärts wird zwei- bis dreimal jährlich von der MittelfrankenSPD, Karl-Bröger-Straße 9, 90459 Nürnberg herausgegeben.

Kontakt: vorwaerts@spd-mittelfranken.de

Chefredaktion und Layout: Philipp Dees (pd, V.i.S.d.P., Anschrift wie oben)

Redaktion: Michael Bischoff (mb), Angelika Roth (ar)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Dr. Thomas Beyer (tb), Sven Erhard (se), Günter Gloser (gg), Helga Manderscheid (hm), Christa Naaß (cn), Gisela Niclas (gn), Marlene Rupprecht (mr), Stephanie Schäfer (ssc), Helga Schmitt-Bussinger (hsb), Olaf Schreglmann (os), Stefan Schuster (sts), Victor Strogies (vs), Paul Vath (pv), Amely Weiß (aw), Angelika Weikert (anw), Kerstin Westphal (kw)

Vertrieb: MittelfrankenSPD
Druck: City-Druck Nürnberg

Die SPD im Landkreis Roth als „Mitmach-Partei“

(se) Der SPD-Unterbezirk Roth geht neue Wege, um seine Attraktivität auf Mitglieder und BürgerInnen zu erhöhen. Unter der Überschrift „Mitmach-Partei“ möchte der Rother Kreisverband neue Beteiligungsmöglichkeiten schaffen und sich thematisch verstärkt öffnen.

Ganz im Sinne der angestrebten Diskussionskultur luden der Kreisvorsitzende Peter Drozynski und sein Stellvertreter Sven Ehrhardt Anfang Februar gemeinsam zum ersten „Mitmach-Parteitag“. Der Einladung folgten neben zahlreichen Mitgliedern auch diverse Experten aus der Bevölkerung sowie der stellvertretende Vorsitzende der BayernSPD, Dr. Thomas Beyer und die Vorsitzende der SPD im Nürnber-



ger Land, Martina Baumann. Bei der Formulierung eines wirtschaftspolitischen Antrags an den Parteitag der BayernSPD wollten alle Teilnehmer „mitmachen“, wie die regen Diskussionen an diesem Abend zeigten.

Wiedergewählter AsF-Bezirksvorstand qualifiziert Frauen für Mandate

(aw) Mit voller Zustimmung wurde der bisherige Vorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) Mittelfranken im Amt bestätigt. Zum vierten Mal wiedergewählte Vorsitzende ist Bezirksrätin Amely Weiß, ihre Stellvertreterinnen bleiben Ingrid Neubauer (Nürnberger Land) und Gertrud Reich-Schowalter (Erlangen).

Auf der Konferenz wurden Anträge zu Gleichstellung, Frauen mit Behinderungen und Aufhebung der Lagerpflicht für Kinder und Asylbewerberinnen gestellt. Die wahrscheinliche Bundestagskandidatin aus Erlangen, Martina Stamm-Fibich, stellte ihre Ziele im Bundestag vor. Der Unterbezirk Nürnberg will neben Martin Burkert MdB zur Einhaltung der Quote eine weitere



Frau als Kandidatin aufstellen, was seitens der AsF sehr begrüßt wurde.

Die AsF startet am 28. April das Mentoring-Programm SoFIA (Sozialdemokratische Frauen Interessieren und Aufbauen) zur Qualifizierung von Frauen als Kandidatinnen für Wahlen und Mandate.

CHRISTIAN UDE kommt nach Hersbruck!

Der **Spitzenkandidat** der **Bayern SPD** kommt ins Nürnberger Land.

Mittwoch, 11. Juli 2012 19:00 Uhr
im Festzelt am Plärrer
Einlass: 17:30 Uhr
Musik: „Route 66“

Platzreservierungen für Gruppen, Vereine und SPD-Ortsvereine unter **0151/41954350**

Der Festzeltwirt Christian Schlögl verwöhnt Sie mit Gigerla, Haxn, Käs und dem süffigen Sommerfestbier der „Bürgerbräu Hersbruck“



**GUTE
ARBEIT
FÜR
EUROPA**

**GERECHTE
LÖHNE**

**SOZIALE
SICHERHEIT**

DGB

**1. MAI
TAG DER ARBEIT**

Raus zum

1. Mai 2012 in Erlangen

10:00 Uhr Auftakt am Gewerkschaftshaus

- Von der Friedrichstr. 7 zum E-Werk (Fuchsenwiese 1)
Demonstration für gerechte Löhne und soziale Sicherheit

11:00 Uhr Kundgebung am E-Werk

- Auftakt Wolfgang Niclas DGB-KA Vorsitzender Erlangen
- Grußwort Dr. Siegfried Balleis OB Stadt Erlangen

Anschließend: Buntes Maifest

- Live-Musik mit
„four pack“
und Sambagruppe
- Info-Meile nahestehender
Organisationen
- Operation Übernahme
– IG Metall Jugend
- Sketsch der
Vertrauensleute
- Kinderprogramm
mit großer Hüpfburg
- Betriebsstammtische
- Rädli Tour
- Essen und Getränke
- Infos und Kontakte

Hauptrednerin

**Karina
Schnur**

IGM Bezirksjugendsekretärin

Mai-Pins
gelten am 1. Mai als
VGN-Ticket in der Zone 400

www.dgb-mittelfranken.de